

Bundesgesetzblatt ⁸⁷⁷

Teil I

Z 5702

1996

Ausgegeben zu Bonn am 28. Juni 1996

Nr. 31

Tag	Inhalt	Seite
24. 6. 96	Gesetz zur Reform des Rechts der Arbeitslosenhilfe (Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz – AlhiRG) FNA: neu: 810-1/1; 810-1, 810-1-18 GESTA: G037	878
14. 6. 96	Neunte Verordnung zur Änderung der Schiffssicherheitsverordnung FNA: 9512-16	880
19. 6. 96	Verordnung über das Berufsbild und über die Prüfungsanforderungen im praktischen und im fachtheoretischen Teil der Meisterprüfung für das Fleischer-Handwerk (Fleischermeisterverordnung – FleiMstrV) FNA: neu: 7110-3-126; 7110-3-44	882
19. 6. 96	Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 91/439/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über den Führerschein und zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften FNA: neu: 9231-1-9; 9232-1, 9231-7-1, 9232-1-33, 9232-1-41, 9232-4-2	885
24. 6. 96	Verordnung zur Änderung der Treuhandliegenschaftsübertragungsverordnung (Treuhandliegenschaftsübertragungsänderungsverordnung – TreuhLUÄndV) FNA: IV-0-2	888
24. 6. 96	Einunddreißigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Anrechnungs-Verordnung 1996/97 – AnrV 1996/97) FNA: neu: 830-2-9-31	890
24. 6. 96	Zwölfte Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet FNA: neu: 830-2-18-12; 830-2-18-11	895
24. 6. 96	Siebenundvierzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die automatische Verschreibungspflicht FNA: 2121-51-7	900
24. 6. 96	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuzahlung bei der Abgabe von Arznei- und Verbandmitteln in der vertragsärztlichen Versorgung FNA: 860-5-10	902
25. 6. 96	Fünfte Verordnung zur Anpassung des Bemessungsbetrags und von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz sowie zur Änderung der Berufsschadensausgleichsverordnung (Fünfte KOV-Anpassungsverordnung 1996 – 5. KOV-AnpV 1996) FNA: 830-2, 830-2-13	903
7. 6. 96	Anordnung über die Übertragung von Zuständigkeiten auf die Oberfinanzdirektionen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich nach dem Ersten Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts (BMF-Zuständigkeitsanordnung-Versorgungsausgleich) FNA: neu: 2030-14-94	905
7. 6. 96	Anordnung über die Übertragung von Zuständigkeiten für die Entscheidung über Widersprüche auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Versorgung, der Beihilfe und der Unterstützung (BMF-Zuständigkeitsanordnung-Rechtsbehelfe) FNA: neu: 2030-14-93	907
26. 6. 96	Anordnung des Bundespräsidenten über die Festsetzung einer Amtsbezeichnung FNA: neu: 2030-12-63	908

Gesetz zur Reform des Rechts der Arbeitslosenhilfe (Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz – AlhiRG)

Vom 24. Juni 1996

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. Mai 1996 (BGBl. I S. 656), wird wie folgt geändert:

1. § 93 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 werden das Wort „grundsätzlich“ gestrichen, die Wörter „zwölf Monate“ durch die Wörter „18 Monate“ und die Wörter „sechs Monate“ durch die Wörter „zwölf Monate“ ersetzt.

b) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Das Arbeitsamt kann auch Arbeitslose zuweisen, die die Voraussetzungen des Satzes 2 nicht erfüllen; ihr Anteil am Bestand aller zugewiesenen Arbeitnehmer darf 5 vom Hundert nicht übersteigen“.

2. § 134 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Vorfrist verlängert sich um Zeiten, in denen der Arbeitslose innerhalb der letzten drei Jahre vor dem Tag, an dem die sonstigen Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitslosenhilfe erfüllt sind,

1. nur deshalb keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatte, weil er nicht bedürftig war, oder
2. nach dem Erwerb des Anspruchs auf Arbeitslosengeld eine die Grenze des § 102 überschreitende Tätigkeit als Selbständiger ausgeübt hat,

längstens jedoch um zwei Jahre.“

b) Nach Absatz 3b wird folgender Absatz eingefügt:

„(3c) Das Arbeitsamt soll den Arbeitslosen, der in absehbarer Zeit die Voraussetzungen für den Anspruch auf Rente wegen Alters voraussichtlich erfüllt, auffordern, diese Rente innerhalb eines Monats zu beantragen; dies gilt nicht für Altersrenten, die vor dem für den Versicherten maßgebenden Rentenalter in Anspruch genommen werden können. Stellt der Arbeitslose den Antrag nicht, ruht der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe vom Tage nach Ablauf der Frist bis zu dem Tage, an dem der Arbeitslose Rente wegen Alters beantragt. Fällt der zuerkannte Anspruch auf Rente wegen Alters weg, ruht der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe weiterhin, wenn die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nach dem Zweiten Unterabschnitt des Zweiten Abschnitts des Zweiten Kapitels des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch weiterhin erfüllt sind.“

3. Nach § 134 werden folgende Paragraphen eingefügt:

„§ 134a

(1) Der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Arbeitslose mit Zustimmung des Arbeitsamtes eine Tätigkeit ausübt oder an einer Maßnahme teilnimmt, die zur beruflichen Wiedereingliederung oder Verbesserung seiner Vermittlungsaussichten beitragen (Trainingsmaßnahme). § 103b ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, daß die Bundesanstalt die Kosten der Maßnahme tragen und die Einwilligung auch für Maßnahmen erteilen kann, die die Eignung des Arbeitslosen für eine berufliche Tätigkeit oder eine Maßnahme der beruflichen Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung feststellen.

(2) Über die Teilnahme an einer Trainingsmaßnahme soll dem Arbeitslosen eine Bescheinigung ausgestellt werden, aus der sich mindestens Art und Inhalt der Maßnahme ergeben.

(3) Hat der Arbeitslose sich trotz Belehrung über die Rechtsfolgen geweigert, an einer ihm zumutbaren Trainingsmaßnahme teilzunehmen, ohne für sein Verhalten einen wichtigen Grund zu haben, so tritt eine Sperrzeit ein; die §§ 119, 119a gelten entsprechend.

§ 134b

Die Bundesanstalt kann Arbeitnehmern, die Arbeitslosenhilfe für die Zeit unmittelbar vor Beginn einer der Natur der Sache nach auf längstens drei Monate befristeten, nicht nur kurzzeitigen Beschäftigung bezogen haben, eine Arbeitnehmerhilfe gewähren. Sie beträgt 25 Deutsche Mark täglich und wird für jeden Tag gewährt, an dem der Arbeitnehmer mindestens sechs Stunden beschäftigt war. Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit der Beschäftigung ist die Arbeitnehmerhilfe zu berücksichtigen; § 112 Abs. 5 Nr. 4 gilt entsprechend.“

4. In § 135 Abs. 1 Nr. 2 wird nach dem Wort „ist“ der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„die Frist von einem Jahr verlängert sich um Zeiten, in denen der Arbeitslose nach dem letzten Tag des Bezugs von Arbeitslosenhilfe

- a) nur deshalb keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatte, weil er nicht bedürftig war, oder
 - b) selbständig erwerbstätig war,
- längstens jedoch um zwei Jahre.“

5. § 136 Abs. 2b wird wie folgt gefaßt:

„(2b) Das für die Bemessung der Arbeitslosenhilfe maßgebende Arbeitsentgelt wird jeweils nach Ablauf eines Jahres seit dem Entstehen des Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe mit einem um 0,03 verminderten Anpassungsfaktor (§ 112a Abs. 2) angepaßt. Das

Arbeitsentgelt darf nicht durch die Anpassung 50 vom Hundert der Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch unterschreiten. Für eine Teilzeitbeschäftigung ist der in Satz 2 genannte Betrag entsprechend zu mindern. Die Anpassung des für die Arbeitslosenhilfe maßgebenden Arbeitsentgelts unterbleibt, wenn der nach Satz 1 verminderte Anpassungsfaktor zwischen 0,99 und 1,01 beträgt.“

6. § 138 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „(Absatz 2 Satz 1)“ gestrichen.

b) In Absatz 2 Satz 2 Nr. 3 wird nach dem Wort „Einnahmen“ der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer angefügt:

„4. ein Betrag in angemessener Höhe von den Erwerbsbezügen des vom Arbeitslosen nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten.“

7. In § 188 Satz 1 werden nach dem Wort „Arbeitslosenhilfe“ die Wörter „einschließlich der Kosten der Arbeitnehmerhilfe“ eingefügt.

8. In § 242s Abs. 4 wird die Angabe „§ 249h Abs. 2 Satz 3 bis 5“ durch die Angabe „§ 249h Abs. 2 Satz 3 bis 6“ ersetzt.

9. Nach § 242u wird folgender Paragraph eingefügt:

„§ 242v

Auf Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe, die vor dem 1. April 1996 entstanden sind, ist § 136 Abs. 2b in der ab 1. April 1996 geltenden Fassung mit der Maßgabe anzuwenden, daß als Zeitpunkt für die Entstehung des Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe der 1. April 1995 gilt und die Anpassung zum 1. April 1996 mit dem Anpassungsfaktor 0,97 erfolgt. Auf Antrag entfällt die Anpassung zum 1. April 1996, wenn in der Zeit zwischen dem 1. April 1995 und dem 31. März 1996 das für die Bemessung der Arbeitslosenhilfe maßgebende Arbeitsentgelt gemäß § 136 Abs. 2b um mindestens 10 vom Hundert gemindert worden ist. Die Anpassungsbescheide sollen einen Hinweis auf den Antrag nach Satz 2 enthalten und in der Zeit vom 1. April bis 15. Mai 1996 ergehen; sie werden mit Wirkung vom 1. April 1996 wirksam.“

10. In § 249e Abs. 6 werden die Sätze 2 und 3 gestrichen.

11. In § 249h Abs. 2 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„Der Anteil der Arbeitnehmer, die für die Zeit unmittelbar vor der Zuweisung Arbeitslosenhilfe bezogen haben, an dem Bestand aller zugewiesenen Arbeitnehmer, hat mindestens dem Anteil der Arbeitslosenhilfebezieher an der Gesamtzahl der Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zu entsprechen.“

Artikel 2

Änderung der Arbeitslosenhilfe-Verordnung

Die Arbeitslosenhilfe-Verordnung vom 7. August 1974 (BGBl. I S. 1929), die zuletzt durch die Verordnung vom 27. Juni 1995 (BGBl. I S. 902) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Vermögen des Arbeitslosen und seines nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten ist zu berücksichtigen, soweit es verwertbar ist, die Verwertung zumutbar ist und der Wert des Vermögens, dessen Verwertung zumutbar ist, jeweils 8 000 Deutsche Mark übersteigt.“

2. Nach § 11 wird folgender Paragraph eingefügt:

„§ 11a

Pauschbetrag

Von den Erwerbsbezügen des vom Arbeitslosen nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten sind als Pauschbetrag nach § 138 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 des Arbeitsförderungsgesetzes 25 vom Hundert des Betrages nach § 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes abzusetzen.“

Artikel 3

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 2 beruhenden Teile der Arbeitslosenhilfe-Verordnung können auf Grund der Ermächtigungen in § 137 Abs. 3, § 138 Abs. 4, § 237 des Arbeitsförderungsgesetzes in Verbindung mit diesem Artikel durch Rechtsverordnung geändert oder aufgehoben werden.

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1996 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 24. Juni 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Neunte Verordnung zur Änderung der Schiffssicherheitsverordnung

Vom 14. Juni 1996

Auf Grund des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 4, 5 und 7, Satz 2 und 3, Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, Abs. 4 und § 9c des Seeaufgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2802), § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 geändert durch Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 6. Juni 1995 (BGBl. I S. 778), verordnet das Bundesministerium für Verkehr, hinsichtlich des § 9 Abs. 4 im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Post und Telekommunikation:

Artikel 1

Die Schiffssicherheitsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3281, 3532), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 12. März 1996 (BGBl. I S. 473), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Nr. 7 wird der Punkt nach der Angabe „(BGBl. 1995 II S. 994)“ durch ein Komma ersetzt.
- b) In Absatz 1a Nr. 7 wird der Punkt nach der Angabe „(BGBl. 1995 II S. 994)“ durch ein Komma ersetzt.
- c) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) „Übereinkommen von 1973/78“ bedeutet das Übereinkommen in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung der amtlichen Übersetzung des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen vom 12. März 1996 (BGBl. 1996 II S. 399), geändert durch die von der Konferenz der Vertragspartei dieses Übereinkommens in London durch Entschlüsse 1 bis 3 am 2. November 1994 angenommenen Änderungen der Anlagen I bis III und V des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen – Verordnung vom 19. Juni 1996 (BGBl. 1996 II S. 977).“

2. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „mit dessen Zustimmung“ gestrichen.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „Geräte gemäß § 18 Abs. 2“ ein Komma gesetzt und die Wörter „Zusatzgeräte zu nautischen Anlagen gemäß § 18 Abs. 3“ eingefügt.
 - bb) In Satz 1 Nr. 1 werden nach dem Wort „Geräte“ die Wörter „sowie der in § 18 Abs. 3 aufgeführten Zusatzgeräte zu nautischen Anlagen“ eingefügt.

3. § 11 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Sätze 2 und 3 wie folgt gefaßt:

„Frachtschiffe werden Zwischenbesichtigungen gemäß Kapitel I Regel 10 Buchstabe a Ziffer iii der Anlage zum Übereinkommen von 1974/88 unterzogen. Darüber hinaus unterliegen Schiffe der jährlichen Besichtigung gemäß Kapitel I Regel 10 Buchstabe a Ziffer iv der Anlage zum Übereinkommen von 1974/88.“
- b) In Absatz 2 Satz 1 und 2 werden jeweils die Wörter „Besichtigungen“ durch die Wörter „Erneuerungsbesichtigungen“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 wird das Wort „Besichtigungen“ durch das Wort „Erneuerungsbesichtigungen“ ersetzt.
- d) Absatz 6 Nr. 2 wird wie folgt gefaßt:

„2. mindestens einen, jedoch höchstens 3 Monate vor Ablauf der Geltungsdauer eines Sicherheitszeugnisses oder Fälligkeit einer Zwischen- oder jährlichen Besichtigung;“.

4. § 13 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Ab 1. Juli 1996 werden auch die gemäß dieser Verordnung vorgeschriebenen Zeugnisse nach den Grundsätzen des Harmonisierten Besichtigungs- und Zeugniserteilungssystems erteilt. Ausgestellte Zeugnisse bleiben bis zum Ablauf ihrer Geltungsdauer gültig.“
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Reicht bei einem Frachtschiff die Festigkeit des Schiffskörpers nur für einen begrenzten Fahrbereich aus, so ist dieses in einen mit dem Bau-Sicherheitszeugnis zu verbindenden Anhang einzutragen.“
- c) Absatz 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Frachtschiffen mit einer Bruttoreaumzahl von weniger als 500, Frachtschiffen in der Nationalen Fahrt mit einer Bruttoreumzahl von 500 und mehr sowie Sonderfahrzeugen erteilt die See-Berufsgenossenschaft ein Bau- und Ausrüstungs-Sicherheitszeugnis nach dem Muster der Anlage 2 oder 2a für die Dauer von 5 Jahren. Die Geltungsdauer besteht vorbehaltlich der jährlichen Besichtigungen innerhalb von 3 Monaten vor oder nach jedem Jahresdatum. Erneuerungsbesichtigungen können schon innerhalb von 3 Monaten vor dem Datum des Ablaufs der Geltungsdauer des vorhandenen Zeugnisses durchgeführt werden, ohne daß eine Ver-

schiebung des Jahresdatums erfolgt. Die Geltungsdauer des neuen Zeugnisses wird vom Datum des Ablaufs der Geltungsdauer des vorhandenen Zeugnisses an fortgeschrieben. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.“

d) In Absatz 5 werden die Wörter „von einem Jahr“ durch die Wörter „von 5 Jahren“ ersetzt.

e) Absatz 8 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Kann ein Schiff zu dem Zeitpunkt, an dem ein Zeugnis seine Gültigkeit verliert, nicht zur Besichtigung bereitgestellt werden, so kann die See-Berufsgenossenschaft die Gültigkeit des Zeugnisses um höchstens 3 Monate verlängern.“

5. In § 22 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Radartransponder,“ gestrichen.

6. Dem § 48 Abs. 3 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. Ladungseinheiten einschließlich Container sind während der gesamten Reise nach Maßgabe des von der See-Berufsgenossenschaft genehmigten

Ladungssicherungshandbuchs zu laden, zu stauen und zu sichern. Die bei der Abfassung des Ladungssicherungshandbuchs zu berücksichtigenden Anforderungen müssen den Anforderungen der Richtlinien zur Erstellung des Ladungssicherungshandbuchs vom 18. April 1996 (BAnz. Nr. 89 vom 11. Mai 1996) in der jeweils geltenden Fassung mindestens gleichwertig sein.“

7. Der Anlage 7 zu § 18 Abs. 2 werden folgende neue Nummern 26 und 27 angefügt:

„26.	Suchscheinwerfer ^{*)}	x	-	-	-	-
27.	Nachtsichtanlage ^{*)}	x	-	-	-	-

8. Den Anmerkungen zu Anlage 7 wird folgende neue Anmerkung angefügt:

„*) Nur für Hochgeschwindigkeitsfahrzeuge (HSC), die dem HSC-Code (MSC.36(63)) unterliegen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1996 in Kraft.

Bonn, den 14. Juni 1996

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

**Verordnung
über das Berufsbild und über die Prüfungsanforderungen
im praktischen und im fachtheoretischen Teil
der Meisterprüfung für das Fleischer-Handwerk
(Fleischermeisterverordnung – FleiMstrV)**

Vom 19. Juni 1996

Auf Grund des § 45 der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Dezember 1965 (BGBl. 1966 I S. 1), der zuletzt durch Artikel 1 Nr. 63 des Gesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2256) geändert worden ist, in Verbindung mit Artikel 56 Abs. 1 des Zuständigkeitsanpassungs-Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) und dem Organisationserlaß vom 17. November 1994 (BGBl. I S. 3667) verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie:

**1. Abschnitt
Berufsbild**

**§ 1
Berufsbild**

(1) Dem Fleischer-Handwerk sind folgende Tätigkeiten zuzurechnen:

1. Einkauf, Beurteilung und Transport von Schlachttieren, Schlachttierkörpern, -hälften und -vierteln sowie von Fleischteilstücken,
2. Schlachtung von Schlachttieren sowie Aufbereitung der Schlachtnebenprodukte,
3. Zerlegung und Herrichtung von Schlachttierkörpern, -hälften und -vierteln zur Verarbeitung und zum Verkauf,
4. Herstellung von Fleischerzeugnissen, insbesondere von Wurstwaren, Sülzen und Pasteten, sowie von Feinkosterzeugnissen und Fleisch-, Wurst- und Mischkonserven,
5. Lagerung, Verpackung und Haltbarmachung von Fleisch und Fleischerzeugnissen,
6. Herrichtung, Zubereitung, Verkauf und Präsentation von Fleisch, Fleischerzeugnissen und Fleischgerichten.

(2) Dem Fleischer-Handwerk sind folgende Kenntnisse und Fertigkeiten zuzurechnen:

1. Kenntnisse der berufsbezogenen Chemie, insbesondere der Biochemie,
2. Kenntnisse der Bakteriologie des Fleisches,
3. Kenntnisse der Handelsklassen für Schlachtvieh sowie für Schlachtviehkörper, -hälften und -viertel,
4. Kenntnisse der berufsbezogenen Marktvorschriften und Handelsbräuche,
5. Kenntnisse der Beschaffenheit, Lagerung und Verwendung von Fleisch und Fleischerzeugnissen,
6. Kenntnisse der Arten und Wirkungsweise der Gewürze, Zusatzmittel und Hilfsstoffe,
7. Kenntnisse des Einsatzes der berufsbezogenen Geräte, Maschinen und Anlagen,

8. Kenntnisse der Handelsnamen und Kaliber von Natur- und Kunstdärmen,
9. Kenntnisse der Verfahren zur Haltbarmachung von Fleisch und Fleischerzeugnissen sowie von Fleisch-, Wurst- und Mischkonserven,
10. Kenntnisse der berufsbezogenen Ernährungslehre, insbesondere der ernährungsphysiologischen Bedeutung von Fleisch und Fleischerzeugnissen,
11. Kenntnisse der berufsbezogenen Vorschriften der Arbeitssicherheit und des Arbeitsschutzes sowie der rationellen Energieverwendung,
12. Kenntnisse der berufsbezogenen Vorschriften über den Vieh- und Schlachttransport sowie des Tier-schutzes,
13. Kenntnisse der berufsbezogenen Hygienevorschriften, insbesondere der Fleischhygiene,
14. Kenntnisse der berufsbezogenen Vorschriften des Lebensmittelrechts und der Lebensmittelüberwachung, insbesondere der Vorschriften über die Herstellung von Fleisch und Fleischerzeugnissen,
15. Kenntnisse über Produkthaftung und Qualitätsmanagement, insbesondere betriebliche Eigenkontrolle,
16. Kenntnisse der berufsbezogenen Vorschriften des Tierseuchenrechts und der Tierkörperbeseitigung,
17. Kenntnisse der berufsbezogenen Vorschriften des Umweltschutzes, insbesondere der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der verpackungsrechtlichen Vorschriften sowie des Immissionsschutzes, insbesondere der Anforderungen an genehmigungspflichtige Anlagen,
18. Kenntnisse der berufsbezogenen Verkaufskunde und -förderung, insbesondere der Verkaufspsychologie und -techniken,
19. Kenntnisse der Verarbeitungs- und Verwendungsmöglichkeiten von Fleisch und Fleischerzeugnissen sowie des Zusatzsortiments,
20. Kenntnisse der berufsbezogenen Berechnungen und Kalkulationen,
21. Beurteilen des Ernährungs- und Gesundheitszustands von Schlachtvieh,
22. Auswählen, Beurteilen und Transportieren von Schlachtvieh und Schlachttierkörpern, -hälften und -vierteln für Verkauf und Verarbeitung,
23. Schlachten, Enthäuten, Enthaaen, Ausnehmen und Spalten von Tierkörpern,
24. Zerlegen und Ausbeinen für die Verarbeitung und den Verkauf,
25. laden- und verkaufsfertiges Herrichten von Fleischteilstücken,
26. Herstellen von Brüh-, Koch- und Rohwurst,
27. Herstellen von Fleisch-, Wurst- und Mischkonserven,

28. Herstellen von Pökel- und Räucherwaren,
29. Herstellen von Sülzen, Rouladen und Galantinen,
30. Herstellen von Feinkosterzeugnissen und Salaten,
31. Herrichten und Zubereiten von Grill- und Imbißgerichten,
32. Reinigen, Desinfizieren, Warten und Pflegen von Räumen, Einrichtungsgegenständen und Arbeitsgeräten,
33. Behandeln, Lagern und Transportieren von Fleisch und Fleischerzeugnissen,
34. Behandeln und Lagern von Gewürzen sowie Natur- und Kunstdärmen,
35. Herrichten, Verkaufen und Präsentieren von Fleisch und Fleischerzeugnissen sowie von Buffets und Gerichten.

2. Abschnitt

Prüfungsanforderungen in den Teilen I und II der Meisterprüfung

§ 2

Gliederung, Dauer und Bestehen der praktischen Prüfung (Teil I)

(1) In Teil I sind eine Meisterprüfungsarbeit anzufertigen und eine Arbeitsprobe auszuführen.

(2) Die Anfertigung der Meisterprüfungsarbeit soll nicht länger als zwei Arbeitstage, die Ausführung der Arbeitsprobe nicht länger als acht Stunden dauern.

(3) Mindestvoraussetzung für das Bestehen des Teils I sind jeweils ausreichende Leistungen in der Meisterprüfungsarbeit und in der Arbeitsprobe.

§ 3

Meisterprüfungsarbeit

(1) Als Meisterprüfungsarbeit sind die nachstehend genannten Arbeiten anzufertigen:

1. zwei verschiedene Wurstsorten aus dem Bereich der Brüh- und Kochwurst oder Rohwurst; dabei ist eine Brühwurst herzustellen,
2. zwei dekorative Fleischplatten und zwei küchenfertige Fleischgerichte,
3. eine vom Prüfling selbst bestimmte und gestaltete Fleisch- und Wurstpräsentation.

(2) Mit der Meisterprüfungsarbeit sind zu der Arbeit nach Absatz 1 Nr. 1 die Rezepturen, die Angaben über Anteile der verwendeten Gewürze und Zusatzstoffe sowie die lebensmittelrechtlichen Kennzeichnungen vorzulegen.

(3) Die Rezepturen, die Angaben über Anteile der verwendeten Gewürze und Zusatzstoffe sowie die lebensmittelrechtlichen Kennzeichnungen zu der Arbeit nach Absatz 1 Nr. 1 sind bei der Bewertung der Meisterprüfungsarbeit zu berücksichtigen.

§ 4

Arbeitsprobe

(1) Als Arbeitsprobe sind drei der nachstehend genannten Arbeiten, davon in jedem Fall die nach den Nummern 1 und 2, auszuführen:

1. Zerlegen einer Rinderhälfte mit verkaufsbezogener Schnittführung,
2. Auswählen von Fleischteilstücken zu ihrer küchenmäßigen Verwendung,
3. Abschneiden zwei verschiedener Fleischteilstücke vom Rind oder Schwein nach Gewichtsvorgabe sowie Angeben ihrer ernährungsphysiologischen Bedeutung und Verwendungsmöglichkeiten,
4. Schlachten eines Großtiers.

(2) In der Arbeitsprobe sind die wichtigsten Fertigkeiten und Kenntnisse zu prüfen, die in der Meisterprüfungsarbeit nicht oder nur unzureichend nachgewiesen werden konnten.

§ 5

Prüfung der fachtheoretischen Kenntnisse (Teil II)

(1) In Teil II sind Kenntnisse in den folgenden vier Prüfungsfächern nachzuweisen:

1. Fachrechnen:

- a) Gewichtsrechnungen, insbesondere Schlachtgewichtsberechnung,
- b) Materialberechnungen,
- c) Berechnung der stofflichen Zusammensetzung von Fleischerzeugnissen;

2. Fachtechnologie:

- a) berufsbezogene Chemie, insbesondere Biochemie, und Bakteriologie des Fleisches,
- b) Ernährungs- und Gesundheitszustand von Schlachtvieh,
- c) Handelsklassen für Schlachtvieh sowie für Schlachttierkörper, -hälften und -viertel,
- d) Beschaffenheit, Lagerung und Verwendung von Fleisch und Fleischerzeugnissen,
- e) berufsbezogene Ernährungslehre, insbesondere Aufbau und ernährungsphysiologische Eigenschaften des Fleisches,
- f) Einflüsse von produktionstechnischen Prozessen auf Fleisch und Fleischerzeugnisse,
- g) Zutaten und Zusatzstoffe sowie Verfahren zur Haltbarmachung von Fleisch und Fleischerzeugnissen sowie von Fleisch-, Wurst- und Mischkonserven,
- h) Arten und Wirkungsweise der Gewürze,
- i) Handelsnamen und Kaliber von Natur- und Kunstdärmen,
- k) berufsbezogene Vorschriften der Arbeitssicherheit und des Arbeitsschutzes sowie der rationellen Energieverwendung,
- l) berufsbezogene Vorschriften des Umweltschutzes, insbesondere der Abwasser- und Abfallbeseitigung, der verpackungsrechtlichen Vorschriften sowie des Immissionsschutzes,
- m) berufsbezogene Vorschriften des Tierschutzes und Bestimmungen über den Vieh- und Schlachttiertransport;

3. Hygiene- und Lebensmittelrecht:

- a) berufsbezogene Vorschriften des Hygienerechts, insbesondere Fleischhygiene,
- b) berufsbezogene Vorschriften des Lebensmittelrechts und der Lebensmittelüberwachung, insbesondere Vorschriften über die Herstellung von Fleisch und Fleischerzeugnissen,
- c) berufsbezogene Vorschriften der Tierkörperbeseitigung und der Tierseuchenbekämpfung,
- d) berufsbezogene Hygienemaßnahmen bei der Schlachtung und beim Fleischtransport;

4. Kalkulation, Verkaufskunde und -förderung:

- a) Kostenermittlung unter Einbeziehung aller für die Preisbildung wesentlichen Faktoren,
- b) berufsbezogene Verkaufskunde und -förderung, insbesondere Verkaufspsychologie und -techniken,
- c) Verarbeitungs- und Verwendungsmöglichkeiten von Fleisch und Fleischerzeugnissen sowie des Zusatzsortiments.

(2) Die Prüfung ist schriftlich und mündlich durchzuführen.

(3) Die schriftliche Prüfung soll insgesamt nicht länger als acht Stunden, die mündliche je Prüfling nicht länger als eine halbe Stunde dauern. In der schriftlichen Prüfung soll an einem Tag nicht länger als sechs Stunden geprüft werden.

(4) Der Prüfling ist von der mündlichen Prüfung auf Antrag zu befreien, wenn er im Durchschnitt mindestens gute schriftliche Leistungen erbracht hat.

(5) Mindestvoraussetzung für das Bestehen des Teils II sind ausreichende Leistungen in dem Prüfungsfach nach Absatz 1 Nr. 2.

3. Abschnitt

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 6

Übergangsvorschrift

Die bei Inkrafttreten dieser Verordnung laufenden Prüfungsverfahren werden nach den bisherigen Vorschriften zu Ende geführt.

§ 7

Weitere Anforderungen

Die weiteren Anforderungen in der Meisterprüfung bestimmen sich nach der Verordnung über gemeinsame Anforderungen in der Meisterprüfung im Handwerk vom 12. Dezember 1972 (BGBl. I S. 2381) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1996 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über das Berufsbild und über die Prüfungsanforderungen im praktischen Teil und im fachtheoretischen Teil der Meisterprüfung für das Fleischer-Handwerk vom 6. Juni 1975 (BGBl. I S. 1326) außer Kraft.

Bonn, den 19. Juni 1996

Der Bundesminister für Wirtschaft
In Vertretung
J. Ludewig

**Verordnung
zur Umsetzung der Richtlinie 91/439/EWG des Rates vom 29. Juli 1991
über den Führerschein und zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften*)**

Vom 19. Juni 1996

Auf Grund

- des § 6 Abs. 1 Nr. 1, 1a, 2, 3 Buchstabe c und Nr. 7 des Straßenverkehrsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 9231-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, Nummer 1 geändert und Nummer 1a eingefügt durch Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 13. Mai 1986 (BGBl. I S. 700), die Eingangsworte in Nummer 3 zuletzt geändert durch § 37 Abs. 2 des Gesetzes vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 927), Nummer 7 eingefügt durch § 70 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721),
- des § 28 des Straßenverkehrsgesetzes, der zuletzt durch Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 28. Dezember 1982 (BGBl. I S. 2090) geändert worden ist, und
- des § 6 Abs. 3 und des § 11 Abs. 3 des Fahrlehrergesetzes vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1336), § 6 Abs. 3 angefügt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Februar 1976 (BGBl. I S. 257),

verordnet das Bundesministerium für Verkehr:

Artikel 1

**Verordnung
zur Umsetzung der Richtlinie 91/439/EWG
des Rates vom 29. Juli 1991 über den Führerschein**

§ 1

Diese Verordnung gilt für Inhaber einer gültigen Fahrerlaubnis aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (ausländische Fahrerlaubnis), die ihren ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben. Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis, die sich nur wegen des Besuchs einer Universität oder Schule in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, haben hier keinen ständigen Aufenthalt im Sinne der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften. Sie begründen einen ständigen Aufenthalt im Sinne dieser Vorschriften erst dann, wenn ihr Aufenthalt nicht mehr nur diesen Zwecken dient.

§ 2

Abweichend von § 4 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über internationalen Kraftfahrzeugverkehr in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 9232-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 14. Februar 1996 (BGBl. I S. 216) geändert worden ist, dürfen die in § 1 Satz 1 genannten Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis im Umfang ihrer Berechtigung Kraftfahrzeuge im Inland führen, auch wenn seit der Begründung des ständigen Aufenthalts mehr als zwölf Monate verstrichen sind. Für Inhaber einer zum

Führen von Kraftomnibussen berechtigenden Fahrerlaubnis gilt dies jedoch längstens bis zu drei Jahren nach Erteilung der Erlaubnis. Inhaber einer der Klasse 1b entsprechenden Fahrerlaubnis, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nur Leichtkrafträder mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 80 km/h führen.

§ 3

(1) Personen, die

1. die ausländische Fahrerlaubnis noch nicht länger als zwei Jahre besitzen oder
2. Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis zum Führen von Kraftomnibussen sind, die für einen Zeitraum von mehr als drei Jahren erteilt worden ist,

sind verpflichtet, ihre Fahrerlaubnis innerhalb von drei Monaten nach Begründung des ständigen Aufenthalts bei der zuständigen Verwaltungsbehörde unter Vorlage des Führerscheins registrieren zu lassen. Personen mit ständigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, die ihre Fahrerlaubnis in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum während eines Aufenthalts zum Besuch einer Universität oder Schule erworben haben, sind verpflichtet, ihre Fahrerlaubnis unverzüglich nach Einreise in die Bundesrepublik Deutschland registrieren zu lassen, sofern sie zu dem in Satz 1 genannten Personenkreis gehören.

(2) Die Regelungen über die Fahrerlaubnis auf Probe nach den §§ 2a bis 2e des Straßenverkehrsgesetzes und den §§ 12b bis 12h der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung finden unabhängig von einer Registrierung entsprechend Anwendung, wenn die ausländische Fahrerlaubnis erstmals in einer der Fahrerlaubnis auf Probe unterliegenden Klasse erteilt worden war und wenn seit der Erteilung nicht mehr als zwei Jahre verstrichen sind. An die Stelle der Entziehung der Fahrerlaubnis tritt die Aberkennung des Rechts, von der ausländischen Fahrerlaubnis im Inland Gebrauch zu machen. Die Aberkennung ist im ausländischen Führerschein zu vermerken und der Stelle, die den Führerschein ausgestellt hatte, mitzuteilen. Der Inhaber der ausländischen Fahrerlaubnis hat den Führerschein der Behörde, die die Maßnahme ausgesprochen hat, unverzüglich zur Eintragung der Aberkennung vorzulegen; dies gilt auch, wenn die Aberkennung angefochten worden ist, die zuständige Behörde jedoch die sofortige Vollziehung angeordnet hat.

(3) In Führerscheinen über eine ausländische Fahrerlaubnis zum Führen von Kraftomnibussen wird das Datum des Ablaufs der Gültigkeit vermerkt, sofern die Beschaffenheit des Führerscheins dies zuläßt; andernfalls werden gegen Abgabe des ausländischen Führerscheins die deutsche Fahrerlaubnis der entsprechenden Klassen gemäß den §§ 15 und 15l der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung erteilt und der ausländische Führerschein an die

*) Diese Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie 91/439/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über den Führerschein (ABl. EG Nr. L 237 S. 1).

Stelle zurückgesandt, die ihn ausgestellt hat. Bis zum Ablauf der Geltungsdauer einer ausländischen Fahrerlaubnis zum Führen von Kraftomnibussen in der Bundesrepublik Deutschland wird auf Antrag des Inhabers entsprechend § 15f der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung eine Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung in Kraftomnibussen erteilt, nachdem zuvor die entsprechende allgemeine Fahrerlaubnis gemäß § 15 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung erteilt worden ist; Satz 1 zweiter Halbsatz findet entsprechende Anwendung.

(4) Ist die Gültigkeit einer ausländischen Fahrerlaubnis abgelaufen, sind für die Erteilung der deutschen Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung in Kraftomnibussen § 15e der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, im übrigen § 15 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung entsprechend anzuwenden.

§ 4

Die Berechtigung nach § 2 gilt nicht für Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis,

1. wenn sie zum Zeitpunkt der Erteilung ihren ständigen Aufenthalt im Geltungsbereich dieser Verordnung hatten, es sei denn, daß sie sich für mindestens sechs Monate nur zum Besuch einer Universität oder Schule im Ausland aufgehalten haben,
2. solange ihnen im Geltungsbereich dieser Verordnung die Fahrerlaubnis vorläufig entzogen worden ist oder ihnen auf Grund einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung keine Fahrerlaubnis erteilt werden darf oder
3. wenn ihnen im Inland von einer Verwaltungsbehörde die Fahrerlaubnis sofort vollziehbar oder bestandskräftig entzogen oder ihnen die Erteilung einer Fahrerlaubnis bestandskräftig versagt worden ist; das gleiche gilt, wenn die Entziehung nur deshalb nicht erfolgt ist, weil zwischenzeitlich auf die Fahrerlaubnis verzichtet wurde.

Für die Erteilung des Rechts, von einer ausländischen Fahrerlaubnis nach einer der in Nummer 3 genannten Entscheidungen im Inland Gebrauch zu machen, gilt § 15c der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung entsprechend.

§ 5

Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch für Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die ihren ständigen Aufenthalt am 1. Juli 1996 bereits in der Bundesrepublik Deutschland haben, und zwar auch dann, wenn seit der Begründung des ständigen Aufenthalts bereits mehr als zwölf Monate verstrichen waren. Soweit diese Personen zu dem in § 3 Abs. 1 genannten Personenkreis gehören, sind sie verpflichtet, die ausländische Fahrerlaubnis bis zum 30. Juni 1997 registrieren zu lassen. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn zwischenzeitlich bereits eine deutsche Fahrerlaubnis erteilt worden war.

§ 6

Soweit diese Verordnung keine besonderen Regelungen trifft, sind die Vorschriften der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung anzuwenden.

§ 7

Ordnungswidrig im Sinne des § 24 des Straßenverkehrsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 Abs. 1 oder § 5 Satz 2 seine Fahrerlaubnis nicht oder nicht rechtzeitig registrieren läßt oder
2. entgegen § 3 Abs. 2 Satz 4 den Führerschein nicht oder nicht rechtzeitig der Behörde vorlegt.

Artikel 2

Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung

Die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. September 1988 (BGBl. I S. 1793), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 14. Februar 1996 (BGBl. I S. 216), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 8 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Voraussetzung für die Erteilung einer Fahrerlaubnis ist, daß der Antragsteller seinen ständigen Aufenthalt im Sinne des § 4 Abs. 3 der Verordnung über internationalen Kraftfahrzeugverkehr im Inland hat. Dies gilt nicht für Personen aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die sich ausschließlich wegen des Besuchs einer Universität oder Schule im Inland aufhalten, sofern die Dauer des Aufenthaltes mindestens sechs Monate beträgt.“

2. § 13 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Buchstabe i werden nach den Wörtern „nach § 11 Abs. 2 der Verordnung über internationalen Kraftfahrzeugverkehr“ die Wörter „oder nach § 3 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 91/439/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über den Führerschein“ eingefügt.

b) Buchstabe o wird wie folgt gefaßt:

„o) die Erlaubnis, von einem ausländischen Fahrerlaubnis wieder Gebrauch zu machen, nachdem die Aberkennung nach § 11 Abs. 2 der Verordnung über internationalen Kraftfahrzeugverkehr oder nach § 3 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 91/439/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über den Führerschein ausgesprochen war, oder nachdem eine der in § 4 Abs. 2 Buchstabe c der Verordnung über internationalen Kraftfahrzeugverkehr oder § 4 Satz 1 Nr. 3 der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 91/439/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über den Führerschein genannten Maßnahmen getroffen worden war;“.

3. In § 15e Abs. 1 Nr. 8 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer angefügt:

„9. – falls die Erlaubnis für Kraftomnibusse gelten soll – seinen ständigen Aufenthalt im Sinne des § 4 Abs. 3 der Verordnung über internationalen Kraftfahrzeugverkehr im Inland hat; dies gilt nicht für Bewerber aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Ver-

tragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die sich ausschließlich wegen des Besuchs einer Universität oder Schule im Inland aufhalten, sofern die Dauer des Aufenthalts mindestens sechs Monate beträgt.“

4. In § 15f Abs. 2 Nr. 3 wird eingangs folgender Halbsatz eingefügt:

„der Inhaber seinen ständigen Aufenthalt gemäß § 15e Abs. 1 Nr. 9 im Inland hat und“.

5. § 68 Abs. 2a wird wie folgt gefaßt:

„(2a) Hat der Betroffene keinen Wohn- oder Aufenthaltsort im Inland, ist für Maßnahmen, die das Recht zum Führen von Kraftfahrzeugen betreffen, jede untere Verwaltungsbehörde (Absatz 1 Satz 1) zuständig.“

6. In § 72 Abs. 2 Satz 1 wird in der Übergangsbestimmung zu § 11 Abs. 2 und Anlage XXVI Abschnitt I (Anforderungen an die Prüfungsfahrzeuge) die Angabe „30. Juni 1996“ durch die Angabe „30. Juni 2001“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung der

Durchführungsverordnung zum Fahrlehrergesetz

In § 12 Abs. 2 der Durchführungsverordnung zum Fahrlehrergesetz vom 16. September 1969 (BGBl. I S. 1763), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 14. Februar 1996 (BGBl. I S. 216) geändert worden ist, wird die Angabe „30. Juni 1996“ durch die Angabe „30. Juni 2001“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung der Dreiunddreißigsten Ausnahmereverordnung zur Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung

In § 3 der Dreiunddreißigsten Ausnahmereverordnung zur Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 471), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 25. März 1994 (BGBl. I S. 638) geändert worden ist, werden die Wörter „und am 30. Juni 1996 außer Kraft“ gestrichen.

Artikel 5

Änderung der Einundvierzigsten Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung

§ 2 Satz 2 der Einundvierzigsten Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 9. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2008) wird aufgehoben.

Artikel 6

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1996 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Erste Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Verordnung über internationalen Kraftfahrzeugverkehr vom 13. Mai 1992 (BGBl. I S. 988) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 19. Juni 1996

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

**Verordnung
zur Änderung der Treuhandliegenschaftsübertragungsverordnung
(Treuhandliegenschaftsübertragungsänderungsverordnung – TreuHLÜÄndV)**

Vom 24. Juni 1996

Auf Grund des § 23a Abs. 1 und 2 des Treuhandgesetzes, der durch Artikel 1 Nr. 9 des Gesetzes vom 9. August 1994 (BGBl. I S. 2062) eingefügt worden ist, verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Änderung der Treuhandliegenschaftsübertragungsverordnung

Die Treuhandliegenschaftsübertragungsverordnung vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3908) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 wird nach dem Wort „Anlage“ die Ziffer „1“ eingefügt.
2. Nach § 2 Abs. 2 wird folgender Absatz angefügt:
„(3) Die Aktien und Geschäftsanteile der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben an den in Anlage 2 bezeichneten Gesellschaften werden mit Wirkung vom 1. Juli 1996 auf die TLG Treuhand Liegenschaftsgesellschaft mbH übertragen.“
3. Die Anlage zu § 2 Abs. 2 wird Anlage 1.

§ 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 24. Juni 1996

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Anlage 2
(zu § 2 Abs. 3)

Firma	Sitz	Handelsregister Nummer	Amtsgericht
Elektro-Physikalische Werke Aktiengesellschaft	Neuruppin	HRB 36	Neuruppin
Elektroinstallation Verwaltungsgesellschaft mbH	Sondershausen	HRB 114	Mühlhausen
Freyensteiner Chaussee Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH	Pritzwalk	HRB 26	Neuruppin
GeoPark Verwaltungsgesellschaft m.b.H. Freiberg/Sa.	Freiberg	HRB 9032	Chemnitz
Gut Tierproduktion GmbH Satzkorn	Satzkorn	HRB 6543	Potsdam
Interim-Immobilien Verwertungsgesellschaft mbH	Rostock	HRB 4324	Rostock
„LIPSIA“ Gesellschaft für Industrie- und Gewerbedienstleistungen mbH	Köthen	HRB 2154	Dessau
Norddeutsches Lederwerk GmbH Neustadt-Glewe	Neustadt-Glewe	HRB 193	Schwerin
Simson Fahrzeug GmbH	Suhl	HRB 172	Meiningen
Staßfurter Immobilienverwertungs- und Produktionsgesellschaft mbH	Staßfurt	HRB 7571	Magdeburg
Trabergestüte und Trabrennbahn GmbH	Berlin	HRB 37179	Charlottenburg
Universal-Handelsgesellschaft mbH Magdeburg	Magdeburg	HRB 440	Magdeburg
Vermögensverwaltung INGAN GmbH Ingenieurbetrieb für Industrieanlagen zu Berlin	Berlin	HRB 34331	Charlottenburg
Wirkbau-Textilmaschinen-GmbH	Chemnitz	HRB 1039	Chemnitz

**Einunddreißigste Verordnung
über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz
(Anrechnungs-Verordnung 1996/97 – AnrV 1996/97)**

Vom 24. Juni 1996

Auf Grund des durch Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 4. Juni 1985 (BGBl. I S. 910) geänderten § 33 Abs. 6, des § 33a Abs. 1 Satz 3, des § 33b Abs. 5 Satz 3, des durch Artikel 1 Nr. 29 Buchstabe b des KOV-Strukturgesetzes 1990 vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) geänderten § 41 Abs. 3, des § 47 Abs. 2 und des durch Artikel 1 Nr. 31 Buchstabe b des KOV-Strukturgesetzes 1990 geänderten § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21) sowie unter Berücksichtigung des Artikels 1 der Fünften KOV-Anpassungsverordnung 1996 vom 25. Juni 1996 (BGBl. I S. 903) verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

§ 1

Diese Verordnung gilt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebietes zur Feststellung der in § 2 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche in der Zeit vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997 bestehen.

§ 2

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Abs. 1, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2, § 33a Abs. 1 Satz 3, § 33b Abs. 5 Satz 3 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Abs. 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Besteht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 3

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Abs. 1 Buchstabe a des Bundesversor-

gungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt vorbehaltlich der Vorschrift des § 41 Abs. 3 Satz 3 und des § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 4

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Abs. 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 5

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

1. Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 200 für Beschädigte bei Einkünften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 15,17 Deutsche Mark und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 9,66 Deutsche Mark je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.
2. Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 200 für Beschädigte je Stufe ein Betrag in Höhe von 5,575 Deutsche Mark hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

§ 6

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1996 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 24. Juni 1996

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Tabelle
über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente
für die Zeit vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu DM	bis zu DM			100 v. H.	90 v. H.	80 oder 70 v. H.	60 oder 50 v. H.							
515	193	0	0	1 115	990	826	682	460	329	0	0	737	904	631
530	202	0	0	1 115	990	826	682	460	329	1	5	732	899	626
545	212	0	0	1 115	990	826	682	460	329	2	11	726	893	620
560	221	0	0	1 115	990	826	682	460	329	3	16	721	888	615
575	231	0	0	1 115	990	826	682	460	329	4	22	715	882	609
590	241	0	0	1 115	990	826	682	460	329	5	27	710	877	604
606	250	0	0	1 115	990	826	682	460	329	6	33	704	871	598
621	260	0	0	1 115	990	826	682	460	329	7	39	698	865	592
636	270	0	0	1 115	990	826	682	460	329	8	44	693	860	587
651	279	0	0	1 115	990	826	682	460	329	9	50	687	854	581
667	289	0	0	1 115	990	826	682	460	329	10	55	682	849	576
682	298	1	5	1 110	985	821	677	455	324	11	60	677	844	571
697	308	2	11	1 104	979	815	671	449	318	12	66	671	838	565
712	317	3	16	1 099	974	810	666	444	313	13	71	666	833	560
727	327	4	22	1 093	968	804	660	438	307	14	77	660	827	554
742	337	5	27	1 088	963	799	655	433	302	15	82	655	822	549
758	346	6	33	1 082	957	793	649	427	296	16	88	649	816	543
773	356	7	39	1 076	951	787	643	421	290	17	94	643	810	537
788	366	8	44	1 071	946	782	638	416	285	18	99	638	805	532
803	375	9	50	1 065	940	776	632	410	279	19	105	632	799	526
818	385	10	55	1 060	935	771	627	405	274	20	110	627	794	521
833	395	11	61	1 054	929	765	621	399	268	21	116	621	788	515
849	404	12	66	1 049	924	760	616	394	263	22	121	616	783	510
864	414	13	72	1 043	918	754	610	388	257	23	127	610	777	504
879	424	14	78	1 037	912	748	604	382	251	24	133	604	771	498
894	433	15	83	1 032	907	743	599	377	246	25	138	599	766	493
909	443	16	89	1 026	901	737	593	371	240	26	144	593	760	487
924	453	17	94	1 021	896	732	588	366	235	27	149	588	755	482
940	462	18	100	1 015	890	726	582	360	229	28	155	582	749	476
955	472	19	105	1 010	885	721	577	355	224	29	160	577	744	471
970	482	20	111	1 004	879	715	571	349	218	30	166	571	738	465
985	491	21	117	998	873	709	565	343	212	31	172	565	732	459
1 000	501	22	122	993	868	704	560	338	207	32	177	560	727	454
1 015	511	23	128	987	862	698	554	332	201	33	183	554	721	448
1 031	520	24	133	982	857	693	549	327	196	34	188	549	716	443
1 046	530	25	139	976	851	687	543	321	190	35	194	543	710	437
1 061	540	26	144	971	846	682	538	316	185	36	199	538	705	432
1 076	549	27	150	965	840	676	532	310	179	37	205	532	699	426
1 091	559	28	156	959	834	670	526	304	173	38	211	526	693	420
1 106	569	29	161	954	829	665	521	299	168	39	216	521	688	415
1 122	578	30	167	948	823	659	515	293	162	40	222	515	682	409
1 137	588	31	172	943	818	654	510	288	157	41	227	510	677	404
1 152	598	32	178	937	812	648	504	282	151	42	233	504	671	398
1 167	607	33	183	932	807	643	499	277	146	43	238	499	666	393
1 182	617	34	189	926	801	637	493	271	140	44	244	493	660	387
1 197	627	35	195	920	795	631	487	265	134	45	250	487	654	381
1 213	636	36	200	915	790	626	482	260	129	46	255	482	649	376
1 228	646	37	206	909	784	620	476	254	123	47	261	476	643	370
1 243	656	38	211	904	779	615	471	249	118	48	266	471	638	365
1 258	665	39	217	898	773	609	465	243	112	49	272	465	632	359
1 273	675	40	223	892	767	603	459	237	106	50	278	459	626	353
1 288	685	41	228	887	762	598	454	232	101	51	283	454	621	348
1 304	694	42	234	881	756	592	448	226	95	52	289	448	615	342
1 319	704	43	239	876	751	587	443	221	90	53	294	443	610	337
1 334	714	44	245	870	745	581	437	215	84	54	300	437	604	331
1 349	723	45	250	865	740	576	432	210	79	55	305	432	599	326
1 364	733	46	256	859	734	570	426	204	73	56	311	426	593	320
1 379	743	47	262	853	728	564	420	198	67	57	317	420	587	314
1 395	752	48	267	848	723	559	415	193	62	58	322	415	582	309
1 410	762	49	273	842	717	553	409	187	56	59	328	409	576	303
1 425	772	50	278	837	712	548	404	182	51	60	333	404	571	298

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten						Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternrenten	
aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte			Beschädigte mit einer MdE um				Vollwaisen	Halbwaisen				Elternpaare	Eltern-teile
bis zu DM	bis zu DM			100 v. H.	90 v. H.	80 oder 70 v. H.	60 oder 50 v. H.							
1 440	781	51	284	831	706	542	398	176	45	61	339	398	565	292
1 455	791	52	289	826	701	537	393	171	40	62	344	393	560	287
1 471	800	53	295	820	695	531	387	165	34	63	350	387	554	281
1 486	810	54	301	814	689	525	381	159	28	64	356	381	548	275
1 501	820	55	306	809	684	520	376	154	23	65	361	376	543	270
1 516	829	56	312	803	678	514	370	148	17	66	367	370	537	264
1 531	839	57	317	798	673	509	365	143	12	67	372	365	532	259
1 546	849	58	323	792	667	503	359	137	6	68	378	359	526	253
1 562	858	59	328	787	662	498	354	132	1	69	383	354	521	248
1 577	868	60	334	781	656	492	348	126	0	70	389	348	515	242
1 592	878	61	340	775	650	486	342	120		71	395	342	509	236
1 607	887	62	345	770	645	481	337	115		72	400	337	504	231
1 622	897	63	351	764	639	475	331	109		73	406	331	498	225
1 637	907	64	356	759	634	470	326	104		74	411	326	493	220
1 653	916	65	362	753	628	464	320	98		75	417	320	487	214
1 668	926	66	367	748	623	459	315	93		76	422	315	482	209
1 683	936	67	373	742	617	453	309	87		77	428	309	476	203
1 698	945	68	379	736	611	447	303	81		78	434	303	470	197
1 713	955	69	384	731	606	442	298	76		79	439	298	465	192
1 728	965	70	390	725	600	436	292	70		80	445	292	459	186
1 744	974	71	395	720	595	431	287	65		81	450	287	454	181
1 759	984	72	401	714	589	425	281	59		82	456	281	448	175
1 774	994	73	406	709	584	420	276	54		83	461	276	443	170
1 789	1 003	74	412	703	578	414	270	48		84	467	270	437	164
1 804	1 013	75	418	697	572	408	264	42		85	473	264	431	158
1 819	1 023	76	423	692	567	403	259	37		86	478	259	426	153
1 835	1 032	77	429	686	561	397	253	31		87	484	253	420	147
1 850	1 042	78	434	681	556	392	248	26		88	489	248	415	142
1 865	1 052	79	440	675	550	386	242	20		89	495	242	409	136
1 880	1 061	80	446	669	544	380	236	14		90	501	236	403	130
1 895	1 071	81	451	664	539	375	231	9		91	506	231	398	125
1 910	1 081	82	457	658	533	369	225	3		92	512	225	392	119
1 926	1 090	83	462	653	528	364	220	0		93	517	220	387	114
1 941	1 100	84	468	647	522	358	214			94	523	214	381	108
1 956	1 110	85	473	642	517	353	209			95	528	209	376	103
1 971	1 119	86	479	636	511	347	203			96	534	203	370	97
1 986	1 129	87	485	630	505	341	197			97	540	197	364	91
2 001	1 139	88	490	625	500	336	192			98	545	192	359	86
2 017	1 148	89	496	619	494	330	186			99	551	186	353	80
2 032	1 158	90	501	614	489	325	181			100	556	181	348	75
2 047	1 168	91	507	608	483	319	175			101	562	175	342	69
2 062	1 177	92	512	603	478	314	170			102	567	170	337	64
2 077	1 187	93	518	597	472	308	164			103	573	164	331	58
2 092	1 197	94	524	591	466	302	158			104	579	158	325	52
2 108	1 206	95	529	586	461	297	153			105	584	153	320	47
2 123	1 216	96	535	580	455	291	147			106	590	147	314	41
2 138	1 226	97	540	575	450	286	142			107	595	142	309	36
2 153	1 235	98	546	569	444	280	136			108	601	136	303	30
2 168	1 245	99	551	564	439	275	131			109	606	131	298	25
2 184	1 255	100	557	558	433	269	125			110	612	125	292	19
2 199	1 264	101	563	552	427	263	119			111	618	119	286	13
2 214	1 274	102	568	547	422	258	114			112	623	114	281	8
2 229	1 283	103	574	541	416	252	108			113	629	108	275	2
2 244	1 293	104	579	536	411	247	103			114	634	103	270	0
2 259	1 303	105	585	530	405	241	97			115	640	97	264	
2 275	1 312	106	590	525	400	236	92			116	645	92	259	
2 290	1 322	107	596	519	394	230	86			117	651	86	253	
2 305	1 332	108	602	513	388	224	80			118	657	80	247	
2 320	1 342	109	607	508	383	219	75			119	662	75	242	
2 335	1 351	110	613	502	377	213	69			120	668	69	236	
2 350	1 361	111	618	497	372	208	64			121	673	64	231	
2 366	1 370	112	624	491	366	202	58			122	679	58	225	
2 381	1 380	113	629	486	361	197	53			123	684	53	220	
2 396	1 390	114	635	480	355	191	47			124	690	47	214	
2 411	1 399	115	641	474	349	185	41			125	696	41	208	
2 426	1 409	116	646	469	344	180	36			126	701	36	203	
2 441	1 419	117	652	463	338	174	30			127	707	30	197	
2 457	1 428	118	657	458	333	169	25			128	712	25	192	

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu DM	bis zu DM			100 v. H.	90 v. H.	80 oder 70 v. H.	60 oder 50 v. H.							
2 472	1 438	119	663	452	327	163	19			129	718	19	186	
2 487	1 448	120	669	446	321	157	13			130	724	13	180	
2 502	1 457	121	674	441	316	152	8			131	729	8	175	
2 517	1 467	122	680	435	310	146	2			132	735	2	169	
2 532	1 477	123	685	430	305	141	0			133	740	0	164	
2 548	1 486	124	691	424	299	135				134	746		158	
2 563	1 496	125	696	419	294	130				135	751		153	
2 578	1 506	126	702	413	288	124				136	757		147	
2 593	1 515	127	708	407	282	118				137	763		141	
2 608	1 525	128	713	402	277	113				138	768		136	
2 623	1 535	129	719	396	271	107				139	774		130	
2 639	1 544	130	724	391	266	102				140	779		125	
2 654	1 554	131	730	385	260	96				141	785		119	
2 669	1 564	132	735	380	255	91				142	790		114	
2 684	1 573	133	741	374	249	85				143	796		108	
2 699	1 583	134	747	368	243	79				144	802		102	
2 714	1 593	135	752	363	238	74				145	807		97	
2 730	1 602	136	758	357	232	68				146	813		91	
2 745	1 612	137	763	352	227	63				147	818		86	
2 760	1 622	138	769	346	221	57				148	824		80	
2 775	1 631	139	774	341	216	52				149	829		75	
2 790	1 641	140	780	335	210	46				150	835		69	
2 805	1 651	141	786	329	204	40				151	841		63	
2 821	1 660	142	791	324	199	35				152	846		58	
2 836	1 670	143	797	318	193	29				153	852		52	
2 851	1 680	144	802	313	188	24				154	857		47	
2 866	1 689	145	808	307	182	18				155	863		41	
2 881	1 699	146	813	302	177	13				156	868		36	
2 896	1 709	147	819	296	171	7				157	874		30	
2 912	1 718	148	825	290	165	1				158	880		24	
2 927	1 728	149	830	285	160	0				159	885		19	
2 942	1 738	150	836	279	154					160	891		13	
2 957	1 747	151	841	274	149					161	896		8	
2 972	1 757	152	847	268	143					162	902		2	
2 988	1 766	153	852	263	138					163	907		0	
3 303	1 776	154	858	257	132					164	913			
3 018	1 786	155	864	251	126					165	919			
3 033	1 795	156	869	246	121					166	924			
3 048	1 805	157	875	240	115					167	930			
3 063	1 815	158	880	235	110					168	935			
3 079	1 824	159	886	229	104					169	941			
3 094	1 834	160	892	223	98					170	947			
3 109	1 844	161	897	218	93					171	952			
3 124	1 853	162	903	212	87					172	958			
3 139	1 863	163	908	207	82					173	963			
3 154	1 873	164	914	201	76					174	969			
3 170	1 882	165	919	196	71					175	974			
3 185	1 892	166	925	190	65					176	980			
3 200	1 902	167	931	184	59					177	986			
3 215	1 911	168	936	179	54					178	991			
3 230	1 921	169	942	173	48					179	997			
3 245	1 931	170	947	168	43					180	1 002			
3 261	1 940	171	953	162	37					181	1 008			
3 276	1 950	172	958	157	32					182	1 013			
3 291	1 960	173	964	151	26					183	1 019			
3 306	1 969	174	970	145	20					184	1 025			
3 321	1 979	175	975	140	15					185	1 030			
3 336	1 989	176	981	134	9					186	1 036			
3 352	1 998	177	986	129	4					187	1 041			
3 367	2 008	178	992	123	0					188	1 047			
3 382	2 018	179	997	118						189	1 052			
3 397	2 027	180	1 003	112						190	1 058			
3 412	2 037	181	1 009	106						191	1 064			
3 427	2 047	182	1 014	101						192	1 069			
3 443	2 056	183	1 020	95						193	1 075			
3 458	2 066	184	1 025	90						194	1 080			
3 473	2 076	185	1 031	84						195	1 086			
3 488	2 085	186	1 036	79						196	1 091			

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten						Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternrenten	
aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte			Beschädigte mit einer MdE um				Vollwaisen	Halbwaisen				Elternpaare	Eltern-teile
bis zu DM	bis zu DM			100 v. H.	90 v. H.	80 oder 70 v. H.	60 oder 50 v. H.	DM	DM				DM	DM
3 503	2 095	187	1 042	73						197	1 097			
3 518	2 105	188	1 048	67						198	1 103			
3 534	2 114	189	1 053	62						199	1 108			
3 549	2 124	190	1 059	56						200	1 114			
3 564	2 134	191	1 064	51						201	1 119			
3 579	2 143	192	1 070	45						202	1 125			
3 594	2 153	193	1 075	40						203	1 130			
3 609	2 163	194	1 081	34						204	1 136			
3 625	2 172	195	1 087	28						205	1 142			
3 640	2 182	196	1 092	23						206	1 147			
3 655	2 192	197	1 098	17						207	1 153			
3 670	2 201	198	1 103	12						208	1 158			
3 685	2 211	199	1 109	6						209	1 164			
3 701	2 221	200	1 115	0						210	1 170			
3 716	2 230	201	1 120							211	1 175			
3 731	2 240	202	1 126							212	1 181			
3 746	2 249	203	1 131							213	1 186			
3 761	2 259	204	1 137							214	1 192			
3 776	2 269	205	1 142							215	1 197			
3 792	2 278	206	1 148							216	1 203			
3 807	2 288	207	1 154							217	1 209			
3 822	2 298	208	1 159							218	1 214			
3 837	2 307	209	1 165							219	1 220			
3 852	2 317	210	1 170							220	1 225			
3 867	2 327	211	1 176							221	1 231			
3 883	2 336	212	1 181							222	1 236			
3 898	2 346	213	1 187							223	1 242			
3 913	2 356	214	1 193							224	1 248			
3 928	2 365	215	1 198							225	1 253			
3 943	2 375	216	1 204							226	1 259			
3 958	2 385	217	1 209							227	1 264			
3 974	2 394	218	1 215							228	1 270			
3 989	2 404	219	1 220							229	1 275			
4 004	2 414	220	1 226							230	1 281			
4 019	2 423	221	1 232							231	1 287			
4 034	2 433	222	1 237							232	1 292			
4 049	2 443	223	1 243							233	1 298			
4 065	2 452	224	1 248							234	1 303			
4 080	2 462	225	1 254							235	1 309			
4 095	2 472	226	1 259							236	1 314			
4 110	2 481	227	1 265							237	1 320			
4 125	2 491	228	1 271							238	1 326			
4 140	2 501	229	1 276							239	1 331			
4 156	2 510	230	1 282							240	1 337			
4 171	2 520	231	1 287							241	1 342			
4 186	2 530	232	1 293							242	1 348			
4 201	2 539	233	1 298							243	1 353			
4 216	2 549	234	1 304							244	1 359			
4 231	2 559	235	1 310							245	1 365			
4 247	2 568	236	1 315							246	1 370			
4 262	2 578	237	1 321							247	1 376			
4 277	2 588	238	1 326							248	1 381			
4 292	2 597	239	1 332							249	1 387			
4 307	2 607	240	1 338							250	1 393			
4 322	2 617	241	1 343							251	1 398			
4 338	2 626	242	1 349							252	1 404			
4 353	2 636	243	1 354							253	1 409			
4 368	2 646	244	1 360							254	1 415			
4 383	2 655	245	1 365							255	1 420			
4 398	2 665	246	1 371							256	1 426			
4 413	2 675	247	1 377							257	1 432			
4 429	2 684	248	1 382							258	1 437			
4 444	2 694	249	1 388							259	1 443			
4 459	2 704	250	1 393							260	1 448			

**Zwölfte Verordnung
über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz
in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet**

Vom 24. Juni 1996

Auf Grund des durch Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 4. Juni 1985 (BGBl. I S. 910) geänderten § 33 Abs. 6, des § 33a Abs. 1 Satz 3, des § 33b Abs. 5 Satz 3, des durch Artikel 1 Nr. 29 Buchstabe b des KOV-Strukturgesetzes 1990 vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) geänderten § 41 Abs. 3, des § 47 Abs. 2 und des durch Artikel 1 Nr. 31 Buchstabe b des KOV-Strukturgesetzes 1990 geänderten § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21) und unter Berücksichtigung der Anlage I Kapitel VIII Sachgebiet K Abschnitt III Nr. 1 Buchstabe a des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1067) sowie unter Berücksichtigung des Artikels 1 der Fünften KOV-Anpassungsverordnung 1996 vom 25. Juni 1996 (BGBl. I S. 903) verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

§ 1

Diese Verordnung gilt in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet zur Feststellung der in § 2 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche in der Zeit vom 1. Juli 1996 an bestehen.

§ 2

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Abs. 1, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2, § 33a Abs. 1 Satz 3, § 33b Abs. 5 Satz 3 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich für den Personenkreis in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Abs. 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Besteht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 3

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe a des Bundes-

versorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt vorbehaltlich der Vorschrift des § 41 Abs. 3 Satz 3 und des § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 4

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Abs. 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 5

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

1. Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 200 für Beschädigte bei Einkünften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 12,485 Deutsche Mark und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 7,945 Deutsche Mark je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.
2. Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 200 für Beschädigte je Stufe ein Betrag in Höhe von 4,585 Deutsche Mark hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

§ 6

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1996 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Elfte Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 2060) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 24. Juni 1996

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Anlage
(zu § 2)

Tabelle
über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente
für die Zeit ab 1. Juli 1996

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten						Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten Witwen	Elternrenten	
aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte			Beschädigte mit einer MdE um				Vollwaisen	Halbwaisen				Elternpaare	Elternteile
bis zu DM	bis zu DM			100 v. H.	90 v. H.	80 oder 70 v. H.	60 oder 50 v. H.	DM	DM				DM	DM
424	159	0	0	917	815	680	561	378	271	0	0	606	744	519
436	166	0	0	917	815	680	561	378	271	1	4	602	740	515
448	174	0	0	917	815	680	561	378	271	2	9	597	735	510
461	182	0	0	917	815	680	561	378	271	3	13	593	731	506
473	190	0	0	917	815	680	561	378	271	4	18	588	726	501
486	198	0	0	917	815	680	561	378	271	5	22	584	722	497
498	206	0	0	917	815	680	561	378	271	6	27	579	717	492
511	214	0	0	917	815	680	561	378	271	7	32	574	712	487
523	222	0	0	917	815	680	561	378	271	8	36	570	708	483
536	230	0	0	917	815	680	561	378	271	9	41	565	703	478
548	238	0	0	917	815	680	561	378	271	10	45	561	699	474
560	245	1	4	913	811	676	557	374	267	11	49	557	695	470
572	253	2	9	908	806	671	552	369	262	12	54	552	690	465
585	261	3	13	904	802	667	548	365	258	13	58	548	686	461
597	269	4	18	899	797	662	543	360	253	14	63	543	681	456
610	277	5	22	895	793	658	539	356	249	15	67	539	677	452
622	285	6	27	890	788	653	534	351	244	16	72	534	672	447
635	293	7	32	885	783	648	529	346	239	17	77	529	667	442
647	301	8	36	881	779	644	525	342	235	18	81	525	663	438
660	309	9	41	876	774	639	520	337	230	19	86	520	658	433
672	317	10	45	872	770	635	516	333	226	20	90	516	654	429
685	325	11	50	867	765	630	511	328	221	21	95	511	649	424
697	333	12	55	862	760	625	506	323	216	22	100	506	644	419
710	341	13	59	858	756	621	502	319	212	23	104	502	640	415
722	349	14	64	853	751	616	497	314	207	24	109	497	635	410
735	357	15	68	849	747	612	493	310	203	25	113	493	631	406
747	365	16	73	844	742	607	488	305	198	26	118	488	626	401
760	373	17	77	840	738	603	484	301	194	27	122	484	622	397
772	381	18	82	835	733	598	479	296	189	28	127	479	617	392
785	388	19	87	830	728	593	474	291	184	29	132	474	612	387
797	396	20	91	826	724	589	470	287	180	30	136	470	608	383
810	404	21	96	821	719	584	465	282	175	31	141	465	603	378
822	412	22	100	817	715	580	461	278	171	32	145	461	599	374
835	420	23	105	812	710	575	456	273	166	33	150	456	594	369
847	428	24	110	807	705	570	451	268	161	34	155	451	589	364
860	436	25	114	803	701	566	447	264	157	35	159	447	585	360
872	444	26	119	798	696	561	442	259	152	36	164	442	580	355
885	452	27	123	794	692	557	438	255	148	37	168	438	576	351
897	460	28	128	789	687	552	433	250	143	38	173	433	571	346
910	468	29	132	785	683	548	429	246	139	39	177	429	567	342
922	476	30	137	780	678	543	424	241	134	40	182	424	562	337
935	484	31	142	775	673	538	419	236	129	41	187	419	557	332
947	492	32	146	771	669	534	415	232	125	42	191	415	553	328
960	500	33	151	766	664	529	410	227	120	43	196	410	548	323
972	508	34	155	762	660	525	406	223	116	44	200	406	544	319
984	516	35	160	757	655	520	401	218	111	45	205	401	539	314
997	524	36	165	752	650	515	396	213	106	46	210	396	534	309
1 009	531	37	169	748	646	511	392	209	102	47	214	392	530	305
1 022	539	38	174	743	641	506	387	204	97	48	219	387	525	300
1 034	547	39	178	739	637	502	383	200	93	49	223	383	521	296
1 047	555	40	183	734	632	497	378	195	88	50	228	378	516	291
1 059	563	41	187	730	628	493	374	191	84	51	232	374	512	287
1 072	571	42	192	725	623	488	369	186	79	52	237	369	507	282
1 084	579	43	197	720	618	483	364	181	74	53	242	364	502	277
1 097	587	44	201	716	614	479	360	177	70	54	246	360	498	273
1 109	595	45	206	711	609	474	355	172	65	55	251	355	493	268
1 122	603	46	210	707	605	470	351	168	61	56	255	351	489	264
1 134	611	47	215	702	600	465	346	163	56	57	260	346	484	259
1 147	619	48	220	697	595	460	341	158	51	58	265	341	479	254
1 159	627	49	224	693	591	456	337	154	47	59	269	337	475	250
1 172	635	50	229	688	586	451	332	149	42	60	274	332	470	245

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu DM	bis zu DM			100 v. H.	90 v. H.	80 oder 70 v. H.	60 oder 50 v. H.							
1 184	643	51	233	684	582	447	328	145	38	61	278	328	466	241
1 197	651	52	238	679	577	442	323	140	33	62	283	323	461	236
1 209	659	53	243	674	572	437	318	135	28	63	288	318	456	231
1 222	667	54	247	670	568	433	314	131	24	64	292	314	452	227
1 234	674	55	252	665	563	428	309	126	19	65	297	309	447	222
1 247	682	56	256	661	559	424	305	122	15	66	301	305	443	218
1 259	690	57	261	656	554	419	300	117	10	67	306	300	438	213
1 272	698	58	265	652	550	415	296	113	6	68	310	296	434	209
1 284	706	59	270	647	545	410	291	108	1	69	315	291	429	204
1 297	714	60	275	642	540	405	286	103	0	70	320	286	424	199
1 309	722	61	279	638	536	401	282	99		71	324	282	420	195
1 322	730	62	284	633	531	396	277	94		72	329	277	415	190
1 334	738	63	288	629	527	392	273	90		73	333	273	411	186
1 347	746	64	293	624	522	387	268	85		74	338	268	406	181
1 359	754	65	298	619	517	382	263	80		75	343	263	401	176
1 372	762	66	302	615	513	378	259	76		76	347	259	397	172
1 384	770	67	307	610	508	373	254	71		77	352	254	392	167
1 396	778	68	311	606	504	369	250	67		78	356	250	388	163
1 409	786	69	316	601	499	364	245	62		79	361	245	383	158
1 421	794	70	320	597	495	360	241	58		80	365	241	379	154
1 434	802	71	325	592	490	355	236	53		81	370	236	374	149
1 446	810	72	330	587	485	350	231	48		82	375	231	369	144
1 459	817	73	334	583	481	346	227	44		83	379	227	365	140
1 471	825	74	339	578	476	341	222	39		84	384	222	360	135
1 484	833	75	343	574	472	337	218	35		85	388	218	356	131
1 496	841	76	348	569	467	332	213	30		86	393	213	351	126
1 509	849	77	353	564	462	327	208	25		87	398	208	346	121
1 521	857	78	357	560	458	323	204	21		88	402	204	342	117
1 534	865	79	362	555	453	318	199	16		89	407	199	337	112
1 546	873	80	366	551	449	314	195	12		90	411	195	333	108
1 559	881	81	371	546	444	309	190	7		91	416	190	328	103
1 571	889	82	375	542	440	305	186	3		92	420	186	324	99
1 584	897	83	380	537	435	300	181	0		93	425	181	319	94
1 596	905	84	385	532	430	295	176			94	430	176	314	89
1 609	913	85	389	528	426	291	172			95	434	172	310	85
1 621	921	86	394	523	421	286	167			96	439	167	305	80
1 634	929	87	398	519	417	282	163			97	443	163	301	76
1 646	937	88	403	514	412	277	158			98	448	158	296	71
1 659	945	89	408	509	407	272	153			99	453	153	291	66
1 671	953	90	412	505	403	268	149			100	457	149	287	62
1 684	960	91	417	500	398	263	144			101	462	144	282	57
1 696	968	92	421	496	394	259	140			102	466	140	278	53
1 709	976	93	426	491	389	254	135			103	471	135	273	48
1 721	984	94	430	487	385	250	131			104	475	131	269	44
1 734	992	95	435	482	380	245	126			105	480	126	264	39
1 746	1 000	96	440	477	375	240	121			106	485	121	259	34
1 759	1 008	97	444	473	371	236	117			107	489	117	255	30
1 771	1 016	98	449	468	366	231	112			108	494	112	250	25
1 784	1 024	99	453	464	362	227	108			109	498	108	246	21
1 796	1 032	100	458	459	357	222	103			110	503	103	241	16
1 808	1 040	101	463	454	352	217	98			111	508	98	236	11
1 821	1 048	102	467	450	348	213	94			112	512	94	232	7
1 833	1 056	103	472	445	343	208	89			113	517	89	227	2
1 846	1 064	104	476	441	339	204	85			114	521	85	223	0
1 858	1 072	105	481	436	334	199	80			115	526	80	218	
1 871	1 080	106	486	431	329	194	75			116	531	75	213	
1 883	1 088	107	490	427	325	190	71			117	535	71	209	
1 896	1 096	108	495	422	320	185	66			118	540	66	204	
1 908	1 104	109	499	418	316	181	62			119	544	62	200	
1 921	1 111	110	504	413	311	176	57			120	549	57	195	
1 933	1 119	111	508	409	307	172	53			121	553	53	191	
1 946	1 127	112	513	404	302	167	48			122	558	48	186	
1 958	1 135	113	518	399	297	162	43			123	563	43	181	
1 971	1 143	114	522	395	293	158	39			124	567	39	177	
1 983	1 151	115	527	390	288	153	34			125	572	34	172	
1 996	1 159	116	531	386	284	149	30			126	576	30	168	
2 008	1 167	117	536	381	279	144	25			127	581	25	163	
2 021	1 175	118	541	376	274	139	20			128	586	20	158	

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu DM	bis zu DM			100 v. H.	90 v. H.	80 oder 70 v. H.	60 oder 50 v. H.							
2 033	1 183	119	545	372	270	135	16			129	590	16	154	
2 046	1 191	120	550	367	265	130	11			130	595	11	149	
2 058	1 199	121	554	363	261	126	7			131	599	7	145	
2 071	1 207	122	559	358	256	121	2			132	604	2	140	
2 083	1 215	123	563	354	252	117	0			133	608	0	136	
2 096	1 223	124	568	349	247	112				134	613		131	
2 108	1 231	125	573	344	242	107				135	618		126	
2 121	1 239	126	577	340	238	103				136	622		122	
2 133	1 247	127	582	335	233	98				137	627		117	
2 146	1 254	128	586	331	229	94				138	631		113	
2 158	1 262	129	591	326	224	89				139	636		108	
2 171	1 270	130	596	321	219	84				140	641		103	
2 183	1 278	131	600	317	215	80				141	645		99	
2 196	1 286	132	605	312	210	75				142	650		94	
2 208	1 294	133	609	308	206	71				143	654		90	
2 220	1 302	134	614	303	201	66				144	659		85	
2 233	1 310	135	618	299	197	62				145	663		81	
2 245	1 318	136	623	294	192	57				146	668		76	
2 258	1 326	137	628	289	187	52				147	673		71	
2 270	1 334	138	632	285	183	48				148	677		67	
2 283	1 342	139	637	280	178	43				149	682		62	
2 295	1 350	140	641	276	174	39				150	686		58	
2 308	1 358	141	646	271	169	34				151	691		53	
2 320	1 366	142	651	266	164	29				152	696		48	
2 333	1 374	143	655	262	160	25				153	700		44	
2 345	1 382	144	660	257	155	20				154	705		39	
2 358	1 390	145	664	253	151	16				155	709		35	
2 370	1 397	146	669	248	146	11				156	714		30	
2 383	1 405	147	673	244	142	7				157	718		26	
2 395	1 413	148	678	239	137	2				158	723		21	
2 408	1 421	149	683	234	132	0				159	728		16	
2 420	1 429	150	687	230	128					160	732		12	
2 433	1 437	151	692	225	123					161	737		7	
2 445	1 445	152	696	221	119					162	741		3	
2 458	1 453	153	701	216	114					163	746		0	
2 470	1 461	154	706	211	109					164	751			
2 483	1 469	155	710	207	105					165	755			
2 495	1 477	156	715	202	100					166	760			
2 508	1 485	157	719	198	96					167	764			
2 520	1 493	158	724	193	91					168	769			
2 533	1 501	159	729	188	86					169	774			
2 545	1 509	160	733	184	82					170	778			
2 558	1 517	161	738	179	77					171	783			
2 570	1 525	162	742	175	73					172	787			
2 583	1 533	163	747	170	68					173	792			
2 595	1 540	164	751	166	64					174	796			
2 608	1 548	165	756	161	59					175	801			
2 620	1 556	166	761	156	54					176	806			
2 632	1 564	167	765	152	50					177	810			
2 645	1 572	168	770	147	45					178	815			
2 657	1 580	169	774	143	41					179	819			
2 670	1 588	170	779	138	36					180	824			
2 682	1 596	171	784	133	31					181	829			
2 695	1 604	172	788	129	27					182	833			
2 707	1 612	173	793	124	22					183	838			
2 720	1 620	174	797	120	18					184	842			
2 732	1 628	175	802	115	13					185	847			
2 745	1 636	176	806	111	9					186	851			
2 757	1 644	177	811	106	4					187	856			
2 770	1 652	178	816	101	0					188	861			
2 782	1 660	179	820	97						189	865			
2 795	1 668	180	825	92						190	870			
2 807	1 676	181	829	88						191	874			
2 820	1 683	182	834	83						192	879			
2 832	1 691	183	839	78						193	884			
2 845	1 699	184	843	74						194	888			
2 857	1 707	185	848	69						195	893			
2 870	1 715	186	852	65						196	897			

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Ausgleichsrenten						Stufen- zahl	Anzu- rechnen- des Ein- kommen	Aus- gleichs- renten Witwen	Elternrenten	
aus gegen- wärtiger Erwerbs- tätigkeit	übrige Ein- künfte			Beschädigte mit einer MdE um				Voll- waisen	Halb- waisen				Eltern- paare	Eltern- teile
bis zu DM	bis zu DM			100 v. H.	90 v. H.	80 oder 70 v. H.	60 oder 50 v. H.							
2 882	1 723	187	857	60						197	902			
2 895	1 731	188	861	56						198	906			
2 907	1 739	189	866	51						199	911			
2 920	1 747	190	871	46						200	916			
2 932	1 755	191	875	42						201	920			
2 945	1 763	192	880	37						202	925			
2 957	1 771	193	884	33						203	929			
2 970	1 779	194	889	28						204	934			
2 982	1 787	195	894	23						205	939			
2 995	1 795	196	898	19						206	943			
3 007	1 803	197	903	14						207	948			
3 020	1 811	198	907	10						208	952			
3 032	1 819	199	912	5						209	957			
3 045	1 827	200	917	0						210	962			
3 057	1 834	201	921							211	966			
3 069	1 842	202	926							212	971			
3 082	1 850	203	930							213	975			
3 094	1 858	204	935							214	980			
3 107	1 866	205	939							215	984			
3 119	1 874	206	944							216	989			
3 132	1 882	207	949							217	994			
3 144	1 890	208	953							218	998			
3 157	1 898	209	958							219	1 003			
3 169	1 906	210	962							220	1 007			
3 182	1 914	211	967							221	1 012			
3 194	1 922	212	972							222	1 017			
3 207	1 930	213	976							223	1 021			
3 219	1 938	214	981							224	1 026			
3 232	1 946	215	985							225	1 030			
3 244	1 954	216	990							226	1 035			
3 257	1 962	217	994							227	1 039			
3 269	1 970	218	999							228	1 044			
3 282	1 977	219	1 004							229	1 049			
3 294	1 985	220	1 008							230	1 053			
3 307	1 993	221	1 013							231	1 058			
3 319	2 001	222	1 017							232	1 062			
3 332	2 009	223	1 022							233	1 067			
3 344	2 017	224	1 027							234	1 072			
3 357	2 025	225	1 031							235	1 076			
3 369	2 033	226	1 036							236	1 081			
3 382	2 041	227	1 040							237	1 085			
3 394	2 049	228	1 045							238	1 090			
3 407	2 057	229	1 049							239	1 094			
3 419	2 065	230	1 054							240	1 099			
3 432	2 073	231	1 059							241	1 104			
3 444	2 081	232	1 063							242	1 108			
3 457	2 089	233	1 068							243	1 113			
3 469	2 097	234	1 072							244	1 117			
3 481	2 105	235	1 077							245	1 122			
3 494	2 113	236	1 082							246	1 127			
3 506	2 120	237	1 086							247	1 131			
3 519	2 128	238	1 091							248	1 136			
3 531	2 136	239	1 095							249	1 140			
3 544	2 144	240	1 100							250	1 145			
3 556	2 152	241	1 104							251	1 149			
3 569	2 160	242	1 109							252	1 154			
3 581	2 168	243	1 114							253	1 159			
3 594	2 176	244	1 118							254	1 163			
3 606	2 184	245	1 123							255	1 168			
3 619	2 192	246	1 127							256	1 172			
3 631	2 200	247	1 132							257	1 177			
3 644	2 208	248	1 137							258	1 182			
3 656	2 216	249	1 141							259	1 186			
3 669	2 224	250	1 146							260	1 191			

**Siebenundvierzigste Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die automatische Verschreibungspflicht**

Vom 24. Juni 1996

Auf Grund des § 49 Abs. 4 Nr. 1 und 2 und Abs. 5 des Arzneimittelgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3018) und auf Grund des § 25 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 1993 (BGBl. I S. 1169), der durch Artikel 1 Nr. 3 und 5 des Gesetzes vom 25. November 1994 (BGBl. I S. 3538) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Gesundheit, hinsichtlich des § 49 des Arzneimittelgesetzes im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, hinsichtlich des § 25 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft:

Artikel 1

In der Verordnung über die automatische Verschreibungspflicht vom 26. Juni 1978 (BGBl. I S. 917), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 19. Dezember 1995 (BGBl. I S. 2069), wird die Anlage wie folgt geändert:

1. Die Position 735 wird wie folgt gefaßt:

„735 **Etidronsäure** und ihre Salze 1. Juli 1997“.
– als Chelatbildner zur Ausschwemmung von Calciumablagerungen
(Morbus Paget) –

2. Folgende Positionen werden angefügt:

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Ende der Verschreibungspflicht nach § 49 AMG
1024	Ameziniummetilsulfat und seine Salze	1. Juli 2001
1025	Azosemid und seine Salze	1. Juli 2001
1026	Bicalutamid	1. Juli 2001
1027	Cisatracuriumbesilat	1. Juli 2001
1028	Citalopram und seine Salze	1. Juli 2001
1029	Danofloxacin und seine Salze – zur Anwendung bei Rindern –	1. Juli 2001
1030	Dopexamin und seine Salze	1. Juli 2001
1031	Etidronsäure und ihre Salze – zur Behandlung der manifesten postmenopausalen Osteoporose –	1. Juli 2001
1032	Etiproston und seine Salze – zur Anwendung bei Rindern –	1. Juli 2001
1033	Ferristen	1. Juli 2001
1034	Fipronil und seine Salze – zur Anwendung bei Hunden und Katzen –	1. Juli 2001
1035	Fluoxetin und seine Salze – zur Behandlung der Bulimie –	1. Juli 2001
1036	Idarubicin und seine Salze	1. Juli 2001
1037	lobitridol	1. Juli 2001
1038	Loperamidoxid	1. Juli 2001
1039	Meloxicam und seine Salze – zur Anwendung bei Menschen –	1. Juli 2001
1040	Mirtazapin und seine Salze	1. Juli 2001
1041	Oxatomid und seine Salze	1. Juli 2001
1042	Remifentanil und seine Salze	1. Juli 2001
1043	Tacalcitol	1. Juli 2001

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Ende der Verschreibungspflicht nach § 49 AMG
1044	Tiludronsäure und ihre Salze	1. Juli 2001
1045	Valsartan und seine Salze	1. Juli 2001
1046	Venlafaxin und seine Salze	1. Juli 2001
1047	Zorubicin und seine Salze	1. Juli 2001

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 24. Juni 1996

Der Bundesminister für Gesundheit
Horst Seehofer

**Dritte Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Zuzahlung bei der Abgabe
von Arznei- und Verbandmitteln in der vertragsärztlichen Versorgung**

Vom 24. Juni 1996

Auf Grund des § 31 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477), der durch Artikel 1 Nr. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2266) angefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Gesundheit:

Artikel 1

Die Anlage 1 der Verordnung über die Zuzahlung bei der Abgabe von Arznei- und Verbandmitteln in der vertragsärztlichen Versorgung vom 9. September 1993 (BGBl. I S. 1557), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 16. November 1995 (BGBl. I S. 1519), wird wie folgt geändert:

1. Die Indikation „Entwöhnungsmittel“ wird wie folgt gefaßt:

„Entwöhnungsmittel	–	50	–
– Acamprosac	50	100	200“.

2. Die Indikation „Immunsuppressiva“ wird wie folgt gefaßt:

„Immunsuppressiva	30	50	100
– Mycophenolatmofetil	100	–	300“.

3. Die Indikation „Antibiotika/Chemotherapeutika“ wird wie folgt gefaßt:

„Antibiotika/Chemotherapeutika	14	30	200
– Pipemidsäure	20	50	100
– Tetracyclinderivate*)	–	50	100
– Malariamittel	20	50	100
– Virustatika	25	50	100
– Protease-Inhibitoren	180	360	–“.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Bonn, den 24. Juni 1996

Der Bundesminister für Gesundheit
Horst Seehofer

**Fünfte Verordnung
zur Anpassung des Bemessungsbetrags und
von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
sowie zur Änderung der Berufsschadensausgleichsverordnung
(Fünfte KOV-Anpassungsverordnung 1996 – 5. KOV-AnpV 1996)**

Vom 25. Juni 1996

Auf Grund der §§ 56 und 30 Abs. 14, des § 40a Abs. 6 in Verbindung mit § 30 Abs. 14, des § 41 Abs. 3 Satz 4, des § 47 Abs. 2 und des § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), von denen § 56 zuletzt durch Artikel 9 Nr. 15 Buchstabe a und b des Gesetzes vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014) und § 30 Abs. 14 durch Artikel 1 Nr. 20 Buchstabe c und g des Gesetzes vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) geändert worden sind, § 40a Abs. 6 durch Artikel 1 Nr. 27 Buchstabe e des Gesetzes vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) angefügt worden ist und § 41 Abs. 3 Satz 4 und § 51 Abs. 4 durch Artikel 1 Nr. 29 Buchstabe b und Nr. 31 Buchstabe b des Gesetzes vom 23. März 1990 (BGBl. I S. 582) neu gefaßt worden sind, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Änderung des Bundesversorgungsgesetzes

Das Bundesversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 14. Juni 1996 (BGBl. I S. 830), wird wie folgt geändert:

1. In § 14 wird die Zahl „252“ durch die Zahl „253“ ersetzt.
2. In § 15 wird in Satz 1 die Angabe „32 bis 205“ durch die Angabe „32 bis 206“ und in Satz 2 die Zahl „3,161“ durch die Zahl „3,176“ ersetzt.
3. § 31 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Beschädigte erhalten eine monatliche Grundrente bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit	
um 30 vom Hundert	von 213 Deutsche Mark,
um 40 vom Hundert	von 288 Deutsche Mark,
um 50 vom Hundert	von 390 Deutsche Mark,
um 60 vom Hundert	von 492 Deutsche Mark,
um 70 vom Hundert	von 682 Deutsche Mark,
um 80 vom Hundert	von 826 Deutsche Mark,
um 90 vom Hundert	von 990 Deutsche Mark,
bei Erwerbsunfähigkeit	von 1 115 Deutsche Mark.

Die Grundrente erhöht sich für Schwerbeschädigte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

um 50 und 60 vom Hundert	um 42 Deutsche Mark,
um 70 und 80 vom Hundert	um 53 Deutsche Mark,
um 90 vom Hundert und	
bei Erwerbsunfähigkeit	um 67 Deutsche Mark.“

b) Absatz 5 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Erwerbsunfähige Beschädigte, die durch die anerkannten Schädigungsfolgen gesundheitlich außergewöhnlich betroffen sind, erhalten eine monatliche Schwerstbeschädigtenzulage, die in folgenden Stufen gewährt wird:

Stufe I	127 Deutsche Mark,
Stufe II	262 Deutsche Mark,
Stufe III	396 Deutsche Mark,
Stufe IV	528 Deutsche Mark,
Stufe V	657 Deutsche Mark,
Stufe VI	793 Deutsche Mark.“

4. § 32 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Die volle Ausgleichsrente beträgt monatlich bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

um 50 oder 60 vom Hundert	682 Deutsche Mark,
um 70 oder 80 vom Hundert	826 Deutsche Mark,
um 90 vom Hundert	990 Deutsche Mark,
bei Erwerbsunfähigkeit	1 115 Deutsche Mark.“

5. In § 33 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe a wird die Zahl „42 941“ durch die Zahl „44 401“ ersetzt.

6. In § 33a Abs. 1 Satz 1 wird die Zahl „121“ durch die Zahl „122“ ersetzt.

7. In § 35 werden in Absatz 1 Satz 1 die Zahl „469“ durch die Zahl „471“ und in Satz 4 die Angabe „799, 1 133, 1 459, 1 893 oder 2 332 Deutsche Mark“ durch die Angabe „803, 1 138, 1 466, 1 902 oder 2 343 Deutsche Mark“ ersetzt.

8. In § 36 werden in Absatz 1 Satz 2 die Zahl „2 674“ durch die Zahl „2 687“ und die Zahl „1 340“ durch die Zahl „1 346“ sowie in Absatz 3 die Zahl „2 674“ durch die Zahl „2 687“ ersetzt.

9. In § 40 wird die Zahl „664“ durch die Zahl „667“ ersetzt.
10. In § 41 Abs. 2 wird die Zahl „734“ durch die Zahl „737“ ersetzt.
11. In § 46 werden die Zahl „188“ durch die Zahl „189“ und die Zahl „350“ durch die Zahl „352“ ersetzt.
12. In § 47 Abs. 1 werden die Zahl „327“ durch die Zahl „329“ und die Zahl „458“ durch die Zahl „460“ ersetzt.
13. § 51 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Zahl „900“ durch die Zahl „904“ und die Zahl „628“ durch die Zahl „631“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 werden die Zahl „165“ durch die Zahl „166“ und die Zahl „121“ durch die Zahl „122“ ersetzt.
 - c) In Absatz 3 werden die Zahl „509“ durch die Zahl „511“ und die Zahl „371“ durch die Zahl „373“ ersetzt.
14. In § 53 Satz 2 werden die Zahl „2 674“ durch die Zahl „2 687“ und die Zahl „1 340“ durch die Zahl „1 346“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung der Berufsschadensausgleichsverordnung

§ 9 Abs. 4 der Berufsschadensausgleichsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juni 1984 (BGBl. I S. 861), die zuletzt durch Artikel 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1809) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden die Worte „sowie gewerkschaftliche Unterstützungsleistungen aus Anlaß von Arbeitskämpfen“ gestrichen.
2. Folgender Satz wird angefügt:
„Bei gewerkschaftlichen Unterstützungsleistungen aus Anlaß von Arbeitskämpfen gilt als derzeitiges Bruttoeinkommen das bis unmittelbar vor Beginn der Streikmaßnahme erzielte Einkommen aus gegenwärtiger Tätigkeit.“

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1996 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 25. Juni 1996

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

**Anordnung
über die Übertragung
von Zuständigkeiten auf die Oberfinanzdirektionen
im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich nach
dem Ersten Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts
(BMF-Zuständigkeitsanordnung-Versorgungsausgleich)**

Vom 7. Juni 1996

Für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen und im Namen des Chefs des Bundespräsidialamtes, des Direktors beim Deutschen Bundestag, des Direktors des Bundesrates, der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, des Chefs des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums des Auswärtigen, des Bundesministeriums des Innern, der Deutschen Bibliothek, des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, des Bundesministeriums der Justiz, des Bundesministeriums für Wirtschaft, des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Bundesministeriums für Gesundheit, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation, des Vorstands der Unfallkasse Post und Telekom, des Kuratoriums der Museumsstiftung Post und Telekommunikation, des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und der Präsidentin des Bundesrechnungshofes übertrage ich die Zuständigkeit für

- die Erteilung von Auskünften an die Familiengerichte gemäß § 53b Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG),
- die Erstattung von Aufwendungen der Versicherungsträger gemäß § 225 Abs. 1 Satz 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI),
- die Festsetzung des Kapitalbetrages gemäß § 58 des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG),
- die Wahrnehmung der Befugnisse des Trägers der Versorgungslast gemäß § 53b Abs. 2 Satz 1 FGG

wie folgt:

I. Sachliche Zuständigkeit

Die Oberfinanzdirektionen (Zoll- und Verbrauchsteuerabteilungen) sind zuständig für die

1. Erteilung von Auskünften an die Familiengerichte gemäß § 53b Abs. 2 Satz 2 FGG über
 - Beamte, deren erste Festsetzung der Versorgungsbezüge den Oberfinanzdirektionen obliegt,
 - Ruhestandsbeamte und frühere Beamte, für die die Oberfinanzdirektionen Pensionsregelungsbehörde sind,
2. Erstattung von Aufwendungen der Versicherungsträger gemäß § 225 Abs. 1 Satz 1 SGB VI auf Grund der Begründung von Rentenanwartschaften zu Lasten von

- Beamten, deren erste Festsetzung der Versorgungsbezüge den Oberfinanzdirektionen obliegt,
 - früheren Beamten sowie zwischenzeitlich verstorbenen Beamten oder verstorbenen früheren Beamten ohne versorgungsberechtigte Hinterbliebene, deren erste Festsetzung der Versorgungsbezüge den Oberfinanzdirektionen obliegen hätte, wenn die Beamten in den Ruhestand getreten wären,
 - Ruhestandsbeamten oder früheren Beamten, für die die Oberfinanzdirektionen Pensionsregelungsbehörde sind,
 - zwischenzeitlich verstorbenen Beamten, Ruhestandsbeamten oder früheren Beamten, für deren Hinterbliebene die Oberfinanzdirektionen Pensionsregelungsbehörde sind,
 - zwischenzeitlich verstorbenen Beamten, Ruhestandsbeamten ohne versorgungsberechtigte Hinterbliebene, wenn die Oberfinanzdirektionen für sie Pensionsregelungsbehörde waren,
3. Berechnung und Festsetzung des Kapitalbetrages gemäß § 58 BeamtVG für
 - Beamte, deren erste Festsetzung der Versorgungsbezüge den Oberfinanzdirektionen obliegt,
 - Ruhestandsbeamte, für die die Oberfinanzdirektionen Pensionsregelungsbehörde sind.

II. Örtliche Zuständigkeit

1. Örtlich zuständig ist die Oberfinanzdirektion (Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung),
 - in deren Bezirk der Beamte seinen dienstlichen Wohnsitz hat oder
 - in deren Bezirk der Beamte zuletzt seinen dienstlichen Wohnsitz hatte, wenn er aus dem Beamtenverhältnis ohne Versorgung ausgeschieden oder verstorben ist und keine versorgungsberechtigten Hinterbliebenen vorhanden sind, oder
 - die für die Pensionsregelung des Ruhestandsbeamten oder früheren Beamten zuständig ist oder
 - die für die Pensionsregelung der Hinterbliebenen oder des geschiedenen Ehegatten des verstorbenen Beamten, Ruhestandsbeamten oder früheren Beamten zuständig ist oder
 - die zuletzt für die Pensionsregelung des Ruhestandsbeamten oder der Hinterbliebenen des Beamten oder Ruhestandsbeamten zuständig war.
2. Ändert sich die Zuständigkeit, ist dies in den Fällen der Nummer 1.2 dem Versicherungsträger von der nunmehr zuständigen Oberfinanzdirektion mitzuteilen.

III. Verfahrensrechtliche Zuständigkeit

Soweit die Oberfinanzdirektionen nach dieser Anordnung sachlich und örtlich zuständig sind, nehmen sie die Befugnisse des Trägers der Versorgungslast (§ 53b Abs. 2 Satz 1 FGG) wahr.

IV. Amtshilfe

Die Oberfinanzdirektionen unterstützen im Wege der Amtshilfe die obersten Dienstbehörden bei der Erteilung von Auskünften (Nummer I.1) auch in Fällen, in denen ihnen durch die Anordnung Zuständigkeiten nicht übertragen worden sind.

V. Schriftwechsel

Die Oberfinanzdirektionen führen den nach dieser Anordnung erforderlichen Schriftwechsel mit den obersten Dienstbehörden unmittelbar.

VI. Inkrafttreten

Diese Anordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft. Vom gleichen Zeitpunkt an tritt die Anordnung über die Übertragung von Zuständigkeiten an die Oberfinanzdirektionen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich nach dem 1. EheRG vom 5. September 1991 außer Kraft. Für Versorgungsempfänger aus dem

– über das Bundesausgleichsamt hinausgehenden – Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der Deutschen Bibliothek, des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, deren Versorgungsfall nach dem 30. Juni 1996 eintritt, tritt die Anordnung am 1. Juli 1996, für Versorgungsempfänger, deren Versorgungsfall bis zum 30. Juni 1996 eingetreten ist, am 1. Januar 1997 in Kraft. Die Anordnung des Bundesministeriums des Innern vom 5. Juni 1987 (GMBl. S. 354), geändert durch die Änderung der Anordnung über die Übertragung von Zuständigkeiten an das Bundesverwaltungsamt im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich nach dem 1. EheRG vom 15. Mai 1992 (GMBl. S. 419) wird mit Ausnahme der Nummern I.2, I.3, III. und IV. aufgehoben. Für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, die Deutsche Bibliothek, den Bundesverband für den Selbstschutz, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bleiben die nach der bisherigen Zuständigkeitsanordnung bestehenden Zuständigkeiten und Verfahrensregelungen insoweit bestehen, als die erste Festsetzung nicht auf die Oberfinanzdirektionen übertragen wurde. Hier bleibt das Bundesverwaltungsamt in dem dort genannten Umfang zuständig.

Bonn, den 7. Juni 1996

Bundesministerium der Finanzen
In Vertretung
Dr. Overhaus

**Anordnung
über die Übertragung von Zuständigkeiten
für die Entscheidung über Widersprüche auf dem Gebiet
der beamtenrechtlichen Versorgung, der Beihilfe und der Unterstützung
(BMF-Zuständigkeitsanordnung-Rechtsbehelfe)**

Vom 7. Juni 1996

Auf Grund des § 172 des Bundesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1985 (BGBl. I S. 479), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 7 des Gesetzes zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325), in Verbindung mit § 126 Abs. 3 Nr. 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1985 (BGBl. I S. 462), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Änderung wehrpflichtiger, beamtenrechtlicher und anderer Vorschriften vom 24. Juli 1995 (BGBl. I S. 962), ordne ich, zugleich im Namen des Bundesministeriums des Innern, der Deutschen Bibliothek, des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, des Vorstands der Unfallkasse Post und Telekom und des Kuratoriums der Museumsstiftung Post und Telekommunikation an:

I.

Für die Entscheidung über Widersprüche auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Versorgung von Beamten und Versorgungsempfängern aus dem Dienstbereich der angegebenen Institutionen sind die Oberfinanzdirektionen zuständig, soweit sie den mit dem Widerspruch angefoch-

tenen Bescheid erlassen oder den Erfaß eines Verwaltungsaktes abgelehnt haben.

Dies gilt im Bereich der Unfallkasse Post und Telekom sowie der Museumsstiftung Post und Telekommunikation nicht für die Entscheidung über Widersprüche auf dem Gebiet der Beihilfe nach den Beihilfavorschriften und der Unterstützung nach den Unterstützungsgrundsätzen von Beamten und Versorgungsempfängern.

II.

(1) Diese Anordnung tritt für den Bereich der Unfallkasse Post und Telekom sowie der Museumsstiftung Post und Telekommunikation am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft. Für den Bereich des Bundesministeriums des Innern, der Deutschen Bibliothek, des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit tritt die Anordnung für Versorgungsempfänger, deren Versorgungsfall nach dem 30. Juni 1996 eintritt, am 1. Juli 1996, für Versorgungsempfänger, deren Versorgungsfall bis zum 30. Juni 1996 eingetreten ist, am 1. Januar 1997 in Kraft.

(2) Die Anordnungen vom 5. September 1991 (BGBl. I S. 1988) und vom 29. November 1994 (BGBl. I S. 3855) bleiben unberührt.

Bonn, den 7. Juni 1996

Bundesministerium der Finanzen
In Vertretung
Dr. Overhaus

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 8,15 DM (6,20 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 9,15 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück - Z 5702 · Entgelt bezahlt

**Anordnung
des Bundespräsidenten
über die Festsetzung einer Amtsbezeichnung**

Vom 26. Juni 1996

Gemäß § 81 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes setze
ich folgende Amtsbezeichnung fest:

„Präsident und Professor der
Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“.

Berlin, den 26. Juni 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundesminister des Innern
Kanter